

Grundstein

Mitteilungsblatt für den Deutschen Arbeiterverband des Baugewerbes

Herausgeber: Deutscher Arbeiterverband des Baugewerbes, Berlin SW 68, Friedrichstraße 5-6.
Fernsprecher: A 7 Dönhofs 7650, 7651 und 6240. Postfach-Konto: Berlin Nummer 652 32.
Erscheint wöchentlich Sonnabende • Bezugspreis je Monat 1.- Mark (ohne Bestellgeld).



Bestellungen nur d. d. Post • Redaktionschluss Sonnabend früh • Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G., Depostenkasse Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Deutscher Arbeiterverband des Baugewerbes • Geschäftsanzzeigen d. Weiba, Berlin-Charlottenburg 9, Kaiserdamm 90.

Nummer 41

Berlin, den 14. Oktober 1933

46. Jahrgang

Volkvermögen, Volkseinkommen und Nationalsozialismus

Es ist deutlich erkennbar, daß sich durch die große Entschlossenheit der heutigen Regierung die deutsche Wirtschaft im ganzen Reich von Tag zu Tag bessert. Überall kommt wieder Leben in Industrie, Handel und Gewerbe, und unzählige stillgelegte Betriebe rüsten wieder zur vollen Arbeitsaufnahme. Die erfreulichen Wirkungen sind die, daß auch die Arbeitslosigkeit ständig sinkt. So lassen sich aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm des Volkskanzlers schon jetzt hervorragende Erfolge für das deutsche Volk und seine Wirtschaftszweige verzeichnen.

Niemand, ja selbst die Gegner werden nicht mehr daran zweifeln, daß es dem nationalsozialistischen deutschen Volkstaat gelingt, sein Volk aus der wirtschaftlichen Verelendung langsam aber sicher zu retten.

Man muß, wenn man die verantwortungsvollen und hervorzuhebenden Arbeiten der heutigen Staatsführung kennenlernen will, diesen auch die Schwierigkeiten gegenüberstellen, mit welchen der Führer und Volkskanzler ständig zu kämpfen hat. Gerade dadurch erhält man die Werte, die in dem großen Wort „Nationalsozialismus“ liegen, und nur so kann man sich überzeugen, daß die Leistungen zur Führung des deutschen Volkes sehr verantwortungsvoll sind, und daß der Führer ganze Arbeit zu leisten hat. Die Hauptschwierigkeiten bilden das deutsche Volkvermögen und das deutsche Volkseinkommen. Es ist wohl interessant, wenn man in dieser Hinsicht einen Vergleich aufstellt, aber auch um so schmerzlicher für jeden Deutschen, wenn das Ergebnis vorliegt zwischen Volkvermögen und Volkseinkommen in der Friedens- und Kriegszeit.

Machen wir uns einmal klar, was alles zum deutschen Volkvermögen gehört. Es sind dies seine beweglichen und unbeweglichen Güter, also vor allem seine Felder, Wälder und Wälder, seine Seen und Kanäle, Gebäude, Eisenbahnen, Straßen, der Bestand an Werkzeugen und Maschinen, Fahrzeuge aller Art, Hausgeräte, Warenvorräte und Geld. Beim Geld ist zu beachten, daß man das Metallgeld nur zum Volkvermögen rechnet. Die Papiergeldscheine sind Schuldscheine und bilden daher kein Vermögen.

In Friedenszeiten schätzte man den Wert des deutschen Volkvermögens auf 300 Milliarden Mark.

Da Deutschland vor dem Kriege eine Einwohnerzahl von 67 Millionen hatte, so kamen auf den Kopf der Bevölkerung etwa 4500 M. Dieser Anteil stand allerdings nicht jedem Menschen zur Verfügung, da der größte Teil des Volkvermögens dem Staat, den Provinzen, Kreisen, Gemeinden und Kirchen gehörte. Immerhin diente das Volkvermögen der Allgemeinheit, und zwar durch seine öffentlichen Einrichtungen wie Schulen, Volkshochschulen, Badeanstalten, Parkanlagen, wohlgepflegte Straßen in den Städten und ländlichen Bezirken. Auch die Wehrmacht und Kriegsmaterial zu Lande und zu Wasser gehören zum deutschen Volkvermögen. Das deutsche Volkseinkommen entsteht durch unsere Arbeit am Volkvermögen, z. B. wenn der Landmann mit seinen Leuten das Feld bestellt und das Vieh züchtet und pflegt, so ist das Arbeit am Volkvermögen und damit auch am Volkseinkommen. Der Ertrag des Feldes und der Viehwirtschaft, das ist sein Einkommen. Einen Teil gibt er an seine Arbeitskräfte ab, und dies ist wieder das Einkommen seiner Arbeitnehmer. Ähnlich wie in der Landwirtschaft ist es auch in anderen Gewerben, in Bergbau, Industrie, Handel, Handwerk und Verkehr. Das Einkommen all der hier tätigen Personen ist der Ertrag ihres Arbeitens am Volkvermögen.

Nun gibt es auch eine große Anzahl von Personen, die am Volkvermögen nicht unmittelbar tätig sind. Zu ihnen zählen, z. B. die Beamten und alle Personen, die zum Schutze des Staates beschäftigt werden. Es ist gleichgültig, ob ihre Tätigkeit in der Rechts- oder Schulpflege, im Gesundheitswesen, in der Sicherheits- oder Wohlfahrtspflege ausübt wird. So ist deswegen ihre Arbeit nicht etwa von geringerer Bedeutung, denn in einem Kulturvolke, wie das deutsche es ist, kann die unmittelbare Arbeit am Volkvermögen nur dann den höchsten Ertrag abwerfen, wenn auch die mittelbare vorzüglich ist. Auch die hierin tätigen Arbeiter sind ihres Lohnes wert; auch sie müssen ihr Einkommen haben. All diese vielen Einkommen zusammengenommen bilden das Volkseinkommen. In der Vorkriegszeit betrug das Volkseinkommen des deutschen Volkes 40 Milliarden Mark. Zu diesem einigt so großen Vermögen des deutschen Volkes ist noch besonders hervorzuheben, daß Deutschland in der Vorkriegszeit 4 Milliarden Gold und eine Milliarde Hartgeld besaß.

Die Wirtschaft stand in einer blühenden Blüte, daß es von seinem Einkommen jährlich 6 bis 8 Milliarden zurücklegte. Diese Angaben werden genügen, um zu beweisen, daß die damalige Staatsführung es bedeutend leichter hatte und daß ihr Kämpfen für und mit dem Volke in keinem Vergleich zum heutigen nationalsozialistischen Staat steht. Das ungeheure Vermögen hat allerdings der große Weltkrieg verschlungen und somit den wirtschaftlichen Rückgang des deutschen Volkes hervorgerufen. Wie schwer auch die Folgen des Krieges in dieser Hinsicht sich ausgewirkt haben, soviel steht fest,

daß der völlige Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft auf das Konto der marxistischen Systemführung in 14jähriger Arbeit zu schreiben ist.

Jeder Deutsche, selbst das Kind in der Schule, weiß heute, daß nicht die Folgen des Krieges die grenzenlose Not herbeiführten, sondern daß es marxistische verantwortungslose Volkverräter waren, die uns durch ihren Diebstahl an unserem Volkvermögen und Volkseinkommen 14 Jahre betrogen und die noch den Rest des vom Kriege verschont gebliebenen Wirtschaftszweiges zertrümmerten und somit den Lebensnerve des

deutschen Volkes bis zur äußersten Grenze zerstörten.

Als sich der nationalsozialistische Volkstaat erhob, übernahm sein Führer, Adolf Hitler, ein grenzenlos verarmtes deutsches Reich, eine völlig zusammengebrochene Wirtschaft, ein ungeheures Arbeitslosenheer und viele Milliarden außerordentliches Geld als Erbschaft für das einjüngige Volkvermögen.

Als unser Führer die Regierung übernahm, hatte Deutschland nur noch ein Volkseinkommen von 9 Milliarden Mark gegenüber der Vorkriegszeit von 40 Milliarden Mark. Was dies bedeutet, wird sich jeder klar machen können, denn je weniger Volkseinkommen, desto weniger Volkvermögen, die Folge ist wirtschaftlicher Rückgang des einzelnen und somit der Allgemeinheit. Diese bedingt wieder, daß die Regierung mit einer ständigen, zielbewußten Entschlossenheit für und mit dem Volke kämpfen muß, um es aus seiner Notlage zu befreien. Unter Berücksichtigung des Vorkrieges kommt man zu der Überzeugung, daß der nationalsozialistische Volkstaat während seines Bestehens schon verhältnismäßig viel geleistet hat, daß das gesamte deutsche Volk eine wirtschaftliche und sittliche Besserung merklich verspürt.

Nichts ist wohl fester verankert als der Nationalsozialismus, in ihm liegt die Gemeinnützigkeit, die das deutsche Volk braucht, um wieder geordnete wirtschaftliche Verhältnisse zu erreichen. Dem heutigen Volkstaat gehört die Zukunft und jeder Deutsche hat die Pflicht, sich in den Dienst Adolf Hitlers zu stellen.

Wir Deutsche sind ein Volk der Arbeit und der Sparsamkeit, und nur so können wir wieder, dem Beispiel der heutigen Staatsführung folgend, zum Wohlstand gelangen. Nachdem nun wieder das Vertrauen des Volkes zu seinen Führern hergestellt ist, muß zu der Arbeit auch das Sparen kommen. Jeder Grobian, den der einzelne dem Staat spart, ist neues Volkvermögen, es schafft neue Arbeit und Arbeitsplätze. Jede Arbeit ist heute gemeinnützig und erzeugt somit neues Volkseinkommen und wiederum Schaffung eines Volkvermögens, welches der nationalsozialistische Volkstaat mit großer Verantwortungsgefühl betreuen wird. Darum arbeite und spare im neuen Volkstaat!
Kurt Sieg, Berlin.

Das ganze deutsche Volk opfert

Das gewaltige Winterhilfswerk für unsere Erwerbslosen ist im vollen Gange. Schon jetzt ist klar, daß der Ruf des Führers Adolf Hitler nicht ungehört verhallt ist; jeder Volksgenosse, arm oder reich, sie alle gehen für die Armen im Volke, denen es noch nicht vergolten ist, in Arbeit und Lohn zu stehen.

Noch kein Monat ist vergangen und man sieht mit Freude und Genugtuung, daß diese Kampf gegen Hunger und Kälte ein voller Erfolg wird. Das erfreulichste dabei ist, daß nicht nur große Firmen und Verbände, sondern der kleinste Handwerker, Angestellte und Arbeiter mit Spenden aller Art zum Gelingen des großen Werkes beitragen. Der Kriegsinvalide opfert einen Betrag von seiner kargen Rente, gemeinsam spenden Arbeiter und Gesamtarbeiter einer Fabrik einen Prozentsatz ihres Einkommens und Lohnes. Millionen sind bereits gesammelt, täglich gehen noch immer Spenden

ein, wie ein gewaltiger Strom, der nie veriegelt.

Jeder gibt was er kann, nicht nur Geld allein. Der Landwirt, der kein bares Geld besitzt, gibt Getreide und andere Naturgaben. Auch der deutsche Bauer will zeigen, daß er sich verbunden fühlt mit seinen arbeitslosen Volksgenossen. Ein erfreuliches Teilergebnis kann aus den Landprovinzen gemeldet werden: 15 Millionen Semmer Kartoffeln und 2 Millionen Zentner Brotgetreide sind aufgebracht worden.

Alles was man nur denken kann wird gespendet, Wurst- und Fleischwaren, Käse, Milch- und Gemüsekonserven, Heringe, Teigwaren, Linsen, Schokolade, Schafschaf, Kohlen und Brennholz, Schuhwaren, Schokolade, gewähren Hunderten von Erwerbslosen kostengünstige Sofortenreparaturen. Mehrere hunderttausend Portionen Mittagessen sind zur Verfügung gestellt worden.
Ein ganzes Volk ist durch den Nationalsozialismus zur

wahren Volksgemeinschaft erzogen und beweist sie auch in der Tat. Nicht mit schönen Worten und Demonstrationen, wie es früher die marxistischen Parteien machten, wird der Kampf geführt. Von Phrasen wird das Volk nicht belästigt. Jeder arbeitslose Volksgenosse, der vielleicht noch abweislich steht, wird erkennen, daß der Nationalsozialismus gerade ihm Hilfe bringt, damit er im Winter nicht zu hungern und zu frieren braucht.

Jeder der in Arbeit und Einkommen ist und gebe freudig sein Scherflein für die Armen. Die Not ist noch groß, aber der Führer und mit ihm das ganze deutsche Volk wissen sich eins in dem unerlöschlichen Glauben, daß auch dieser Winter überwunden wird. Im Frühjahr 1934 wird dann die große Offensive gegen die Arbeitslosigkeit einsehen, die zweite Welle, die wieder Millionen Arbeitslosen von der Stempelstele erlösen wird, auf daß sie wieder eingereiht werden in das Heer der deutschen Arbeit.

Vereinfachung der Steuern

In der Sitzung des Arbeitsbeschaffungsausschusses des Deutschen Industrie- und Handelstages machte Staatssekretär Reinhardt interessante Mitteilungen über das kommende Steuervereinfachungsgesetz. Dieses Gesetz sieht vor, daß jeder Steuerpflichtige nur mit einer einzigen Stelle zu tun hat, an die gezahlt werden muß. Das Schriftdeutsch der Gesetze wird so abgefaßt, daß jedermann es zu lesen versteht, und das verwickelte Auslegungen, wie es bisher möglich war, ausschaltet. Jeder Steuerpflichtige erhält im Jahre einen einzigen Steuerbescheid, nach dem er sich genauestens einrichten kann. Einzelne Steuern werden überhaupt verschwinden. Die Derivationshöfen sollen erheblich gesenkt werden. Die Reichsregierung hofft, die Steuerrechtsicherheit ganz enorm heben zu können.

Weitere Bewilligungen aus dem großen Arbeitsbeschaffungsprogramm

Dem Reichsarbeitsministerium wird mitgeteilt: Im Rahmen des von der Oeffa finanzierten Teiles des Arbeitsbeschaffungsprogramms vom 1. Juni 1933 wurden in dieser Woche vom Vorstand und Kreditausschuß weitere Darlehensbewilligungen in Höhe von rund 25 Millionen Mark ausgeprochen. Für den Oberpfälzischen Kanal, dessen Bau das Reichskabinett kürzlich beschloß, wurde die erste Bau-rate bewilligt. Der Ruhrstahlsperren-Daßler Eisen erhalt in den Bau des Sorpe-Kraftwerkes Kredite in Höhe von 4,2 Millionen Mark. Dem Sande Thüringen wurden für Instandsetzungs- und Ergänzungsbauarbeiten an staats-eigenen Gebäuden 1,25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der jetzt längerem projektierte Bau der Rheinbrücke Duisburg-Rheinhausen wurde durch Gewährung von Darlehen im Gesamtbetrag von 2,2 Millionen Mark ermöglicht. Zur Fertigstellung von Brückenbauten und Umbauten erhielt die Stadt Königsberg rund 1,9 Millionen Mark. Der Restbetrag der bewilligten Mittel, die vorwiegend an Sentren der Arbeitslosigkeit eingestiftet sind, verteilt sich auf Arbeiten in Bayern, Land Sachsen, Mitteldeutschland, Schleswig-Holstein und Schlesien. Außerdem wurden die Grenzgebiete im Osten und Westen des Reiches mit erheblichen Darlehen bedacht.

40-Stunden-Woche in Magdeburg

Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe wird uns gefachrieben: „Der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe für Magdeburg und Umgegend e. D. hat beschloffen, die 40-Stunden-Woche einzuführen. Der Sinn dieser Bestimmung besteht darin, den Arbeitsmarkt zu entlasten und mehr Bauarbeiter in die Betriebe einzustellen. Die öffentlichen Körper-schaften und privaten Bauherren erleiden durch diesen Beschluß keinerlei Schaden, da durch die Mehr-einstellung von Bauarbeitern die übertragenen Bauarbeiten unbedingt zu dem festgelegten Termin fertiggestellt sein können.“

Noch einmal: Tarife einhalten

In der letzten Zeit wird immer wieder von den bau-gewerblichen Verbänden und auch von Regierungsstellen auf die notwendige Einhaltung der Lohn-tarife hingewiesen. Zum Teil sind Verstöße gegen die Bestimmungen mit außer-ordentlicher Schärfe geandert worden (Konzentrations-lager). Weiter unten geben wir eine Nach-richt wieder, die beweist, wie streng die Prüfling-behörden die Stadtwertung in einer Rundverfügung an die Polizeibehörden die Stadtwertungs-ämter zum Kampf gegen die Schwarzarbeit und unter-tarifliche Entlohnung im Baugewerbe aufgefordert. Darin heißt es: „Die Unter-schreitung der durch Tarifvertrag fest-gelegten Löhne hat in der letzten Zeit großen Umfang an-genommen, namentlich im Bau- und Baunebengewerbe in den kleineren Städten und auf dem Lande. Mehrfach auf-getretene Klagen haben den Regierungspräsidenten ver-anlaßt, die Landräte, Oberbürgermeister und Polizeipräsidenten anzuweisen, diesen Verhältnissen besondere Beach-tung zu schenken und in Verbindung mit den Gewerbe-aufsichtsbürokraten Maßnahmen entgegenzusetzen. Solchen Maßnahmen muß nicht nur im Interesse der Arbeiter, denen der durch Tarifvertrag garantierte Mindestlohn zur Fr-istung ihres Lebensunterhalts unbedingt zu erhalten ist, sondern auch im Interesse des sozialen Unternehmertums un-bedingt gesteuert werden. Die Ver-luste, durch Preisunter-bietungen, die nur durch Kürzung von Löhnen und Ge-hältern ermöglicht werden, Aufträge an sich zu bringen, arbeiten der Gesundung der Wirtschaft, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit den Bestrebungen der Re-gierung entgegen. Nach § 35, Abs. 5 der Gewerbeordnung ist der Betrieb des Gewerbes der Bauunternehmer und Bau-leiter sowie der Betrieb einzelner Zweige des Bau-gewerbes zu unterlassen, wenn Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit von Gewerbetreibenden in bezug auf

ihren Gewerbebetrieb darlun. Sollten Unternehmen dieses Gewerbezweiges festgestellt werden, die sich ihren Der-pflichtungen aus den Tarifverträgen bisher entzogen haben und die weiterhin ihre Arbeitnehmer unter-tariflich entlohnen, so würde damit diese mangelnde Sorgfalt in der Beach-tung der Arbeiter-schutzbestimmungen der Tarifbestan-der genannten Gesetzesbestimmungen bereits erfüllt werden und der Betrieb wegen Unzuverlässigkeit zu unterlassen sein. In allen derartigen Fällen er-läutet ich un-mäßiglich vor-zugehen.“

Für die Pr. Hochbauämter hat der Regierungspräsident zu Schleswig noch folgenden Zusatz gemacht, der auch den Magistraten zur Befolgung nahegelegt wird: „Um eine Sicher-stellung dafür, daß tatsächlich die tariflich festgelegten Löhne eingehalten werden, zu schaffen, sind in Zukunft bei Vertrags-schluß Bestimmungen dahin auf-zunehmen, daß der jeweilige Arbeitgeber verpflichtet ist, seinen Arbeitnehmern die vorgeschriebenen Tarif-löhne zu zahlen. Von dem Abschluß eines Vertrages ist unter Namens-nennung des betreffenden Unternehmers dem Arbeitgeber-verband für das Baugewerbe Schleswig-Holstein e. D. in Kiel kurz Mitteilung zu machen.“

Achtung! Tarifbrecher am Werk!

Durch den allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag für Hoch-, Beton- und Tiefbauarbeiten ist den Volksgenossen das Recht auf tarifliche Entlohnung eindeutig zugesichert worden.

Groß dieser Vereinbarung sind in der letzten Zeit Ver-stöße dagegen vorgekommen. Wo diese Verstöße von Seiten der Arbeitgeber erfolgt sind, wurde und wird sofort Anzeige bei der Deutschen Arbeitsfront und beim Treu-händer der Arbeit erstattet, zu gleicher Zeit werden aber auch die Forderungen der Volksgenossen durch Arbeits-gerichts-urteile gestärkt.

Bauen und Siedeln

„Land ohne Leute ist Wüste und Leute ohne Land sind Proletariat.“ In klarer Erkenntnis dieser Tatsache hat das Judentum es verstanden, mit Hilfe der marxistischen Lehren der deutschen Menschen aus den Bindungen mit seinem Boden herauszureißen, um ihn dann im Dienste des internationalen Kapitalismus als Klassenkämpfer gegen seine eigenen heimatlichen Volksgenossen zu benutzen. Je mehr Menschen heimatlos und arbeitslos werden, desto größer und machtvoller werden die volkzerstörenden Kräfte.

Bis es dann nur noch eine Frage der Zeit ist, wann der Staat infolge der inneren Selbstzerfleischung so schwach wird, daß er sich bedingungslos der jüdischen Herrschaft unterwirft.

Deshalb wird der Marxismus bei uns erst endgültig ausge-schloffen haben, sobald es uns gelungen ist, aus dem Volksgenossen wieder einen scholleverbundenen zu machen.

Es ist verständlich, daß diese gewaltige Aufgabe nicht in wenigen Monaten erfüllt werden kann, und es ist deshalb um so erfreulicher, daß hier bereits jetzt schon um-fangreiche Arbeiten zur Der-wirklichung dieses Gedankens in vielen Teilen des Reiches in Angriff genommen werden.

Der pfälzische Siedlungsplan will die heute be-lustigten Arbeiter in sozialer Hinsicht krisenfest machen. Der Grund und Boden wird unentgeltlich aus dem Eigen-tum der Gemeinden und des Landes zur Verfügung ge-fellt. Es sollen 2000 Siedlerstellen geschaffen werden, für die je 1000 qm Land vorgelesen sind. Der Siedler baut zu-nächst ein Haus, das aus einem Schlaf-zimmer, einer Wohn-küche und einem Stall besteht. Die Baukosten für ein der-artiges Gebäude stellen sich auf rund 1200 M. Hier-von werden 700 M. dem Siedler aus den Mitteln der Stadt-rund-siedlung, der Arbeiter- und Angestelltenverbände, aus der volkssozialistischen Selbsthilfe aus dem Sofort-programm und Landesmitteln zur Verfügung gestellt. Die restlichen 500 M. muß der Siedler selbst aufbringen, und da er kein Eigen-geld hat, übernimmt der Unternehmer bei dem der Siedler arbeitet, die Ausfallbürgschaft für den von einem Geldinstitut vor-zurück-ziehenden Betrag. Der Siedler verpflichtet sich, das Dar-lehn von 500 M. in zwei Jahren zurück-zuzahlen, und zwar in monatlichen Raten von 21 M., was ihm ohne Schwierigkeiten möglich sein wird, denn die Miet-zahlung fällt ja mit dem Bezug des eigenen Hauses fort. Nach zwei Jahren wird der Siedler eigenen Grund und Boden in er-tragbringendem Zustand, eine Haus- und Kleintierzucht besitzen und in ge-sunder Land-luft leben. Der Wert seines Bestandes kann dann schon mit rund 2500 M. angenommen werden, da der Ertrag der Bodenbewirtschaftung und der Kleintierzucht ein zuzügliches Einkommen von etwa vier Monats-entlohnungen einbringt. Nachdem das aufgenommene Dar-lehn zurück-zugelassen ist, erhält der Siedler gegen hypothe-karische Eintragung auf sein Grundstück wieder 1000 M. ge-liehen, mit Hilfe deren er zwei weitere Räume als Ober-geschoß seines Hauses aufbauen kann. Die Rückzahlung dieser 1000 M. erfolgt innerhalb dreieinhalb Jahren (in Höhe der früheren Mietbelastung) mit monatlich 24 M. Nach Tilgung des Darlehens kann der Siedler dann sein Haus auch noch zeitlich vergrößern, denn er erhält aber-mals einen Kredit von 1500 M., rückzahlbar innerhalb von fünf Jahren mit monatlich 25 M.

Auf diese Weise kommt der ehemals be-lustigte Arbeiter im Zeitraum von elf Jahren zu einem schuldenfreien Eigentum im Werte von 6000 M.

Anfangs Mitte in der Stadt-wohnung zu zahlen, wird dieser Teil des Einkommens zum Aufbau, d. h. zur Der-wirklichung der Siedler verwendet.

In Preußen hat Justizminister Dr. Kerl in seiner Eigen-schaft als Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Bau- und Parkassen 100 Millionen Mark zur sofortigen Ver-gabung bereitgestellt, über deren Ver-teilung gegenwärtig noch Verhandlungen schweben. 100 000 Bauhandwerker werden dadurch noch in diesem Jahre Be-schäftigung finden.

Es ist aber als grobe Schädigung an den berechtigten Interessen der Volksgenossen anzusehen, wenn sich heute noch deutsche Volksgenossen selbst zu unter-tariflichen Löhnen anbieten. Diejenigen Volksgenossen, die gegen ihre heiligste Pflicht verstoßen, werden un-umwurzlich aus dem Verbande ausgeschlossen, und es wird dafür ge-lotzt werden, daß ihnen bei der allgemeinen Eingliederung in die deutsche Arbeitsfront bzw. ihre Fachorganisation die Aufnahme verweigert wird.

Da diese Maßnahme gleichbedeutend mit dem Verlust des Rechtes auf Arbeit sein wird, wird schon heute jeder Volksgenosse auf die Folgen aufmerksam gemacht.

In allen rechtlichen Fragen (sowie zur Meldung von oben-bezeichneten Verstößen) wendet sich jeder Volksgenosse an seine Fachorganisation, den „Deutschen Arbeiter-verband des Baugewerbes“.

Scharfe Warnung gegen unsoziale Hausbesitzer

Der Bürgermeister der Stadt Bamberg, Johneisen, gab im Stadtrat eine scharfe Erklärung ab, die sich gegen un-soziales Vorgehen von Hausbesitzern richtete. Es ist fest-gestellt worden, daß Hausbesitzer mit Hilfe der Staatsbau-darlehen ihre Wohnungen instandsetzen und verbessern und ihren alten Mietern kündigen, um die Wohnung zu höherem Preise weiter zu vermieten. In einem Fall hat ein Haus-be-sitzer nicht weniger als 14 Kündigungen ausgesprochen. Dreihundert Kündigungen liegen augenblicklich vor Gericht, das keine Handhabe hat, dagegen einzuschreiten. Der Bürgermeister erklärte, daß die Namen dieser unsocialen Hausbesitzer der Öffentlichkeit preisgegeben würden.

Hilfer in Neudeck, Reichskanzler Adolf Hilfer hat sich aus Anlaß des Geburtstages des Reichspräsidenten von Hindenburg nach Neudeck begeben, um ihm die Größe der Reichsregierung und des deutschen Volkes zu überbringen.

Eine weitere planmäßige Förderung erhält der Eigenheimbau durch das Reich. Hierfür kommen in erster Linie Bewerber in Frage, die wenigstens ein Eigenver-mögen von 30% des Bau- und Bodenwertes nachweisen können. Die Höhe des Darlehens beträgt in der Regel 1500 M. Als Eigenkapital genügen 2000 bis 3000 M. Die ersten Hypothekensätze sind teils von Dringlichkeit, teils von Versicherungsverhältnissen, den früheren Wohnungsverhältnissen herabgesetzt. Unter den Antragstellern sind viele Arbeiter und kleine Angestellte, die sich um die Weihe ein Eigenheim bauen. Die Anträge sind an die von den Ländern bestimmten Stellen, in Preußen an die Gemeinde-vorstände bzw. Landräte zu richten.

Desgleichen hat die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge ihre För-derungssätze ab 27. September 1933 erhöht.

Die folgenden Änderungen sind vorgenommen worden: Der Förderungsbetrag beträgt nach Maßgabe der durch diese Arbeitsbeschaffung insgesamt eintretende Ersparnis an Unterhaltung Eigenheim bis zu 1500 M.

Bei Einbau einer sogenannten „Einliegerwohnung“, die in sich selbständig und gegen die Gruppe abgegrenzt sein muß, erhöht sich dieser Höchstbetrag auf 2000 M. Ent-sprechend der Höhe dieses Förderungssatzes sind insbeson-dere solche nach Umfang und Ausstattung beschriebenen Darlehen zu bevorzugen, deren Herstellungskosten 8000 M nicht übersteigen.

Das Darlehn soll nicht mehr als 25% der Gesamtkosten (einschl. des Wertes von Grund und Boden) betragen.

Eine nachträgliche Erhöhung der Förderungsbeträge der bereits ausgefallenen Anerkennungen auf Grund der Be-stimmungen vom 10. März 1933 ist nicht zulässig.

Der Bauherr muß mindestens 30% der Gesamtbaukosten (einschließlich Grundstückskosten) als Eigenkapital nach-weisen. Wenn er ein schuldenfreies Grundstück besitzt, ist neben einer ersten Hypothek nur ein verhältnismäßig ge-ringer Barbetrag erforderlich.

Anträge auf Gewährung solcher Darlehen sind durch die Gemeindebehörden der Darlehen-ortes an die Regierungspräsidenten zu richten — für Groß-Berlin durch die Wohnungsfürsorge-Gesellschaft der Stadt Berlin an den Oberpräsidenten der Provinz Bran-denburg und von Berlin — zu richten.

Darüber hinaus sind im Gebiet der Eigenheimbau-förderung in Hamburg. Die neuorganisierte Ham-burgische Baubank ermöglicht den Bau von Eigenheimen schon bei einem Eigenkapital in Höhe von 10% bei Gesamtkosten von 5500 M.

20% bei Gesamtkosten von 8500 M.

Je beschleunigt die Ausführung und je billiger der Bau-platz, desto höher ist die Belohnungsgrenze festgelegt, damit auch der minderbemittelte Volksgenosse zu einem Eigen-heim kommen kann.

Ohne Reichs- oder Staatsmittel in Anspruch zu nehmen, erachtet die „Gagaf“, Gemeinnützige Gesell-schaft für Angefallene Heimstätten, Berlin, vornehmlich für die bei der Reichsversicherungsanstalt ver-sicherten Angestellten, gesunde und preiswerte Einfamilien-häuser mit Gärten. Die Geldmittel sind der Gagaf von der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte in Form von erst- und zweitklassigen Hypotheken zur Verfügung gestellt worden. Die Übernahme der erforderlichen Bürgschaften für die zweitklassigen Hypo-theken hat das Reich grundsätzlich in Aus-nahme-fällen übernommen. Als Eigenkapital muß der Bauherr wenigstens 30% der Gesamtbaukosten einschließ-lich der Grundstückskosten nachweisen.

Einen besonderen Anreiz wird der Eigenheimbau noch durch das zweite Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 21. September 1933 er-fahren, wonach Eigenheime, die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 bezugsfertig werden, bis zum Ende des Rechnungsjahres 1943 frei von Einkommensteuer und Der-mögenssteuer, von der Grundsteuer des Landes und der Hälfte der Grundsteuer der Gemeindeverbände bleiben.

Zur weiteren Entlastung des Arbeitsmarktes und Förderung des Kleinwohnungsbaues wird amtlich folgendes mitgeteilt:

Der Reichsarbeitsminister ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen im laufenden Rechnungsjahr für die Förderung des Kleinwohnungsbaues Bürgschaften bis zum Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark zu übernehmen.

Bestimmungen hierfür werden demnächst bekanntgegeben werden. Anträge werden aber schon jetzt entgegengenommen und behandelt. Um die Ermächtigung noch möglichst weitgehend auszunutzen, wird auf die diesjährige Bautätigkeit ausgenutzt zu können, wird auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht.

Gefördert werden Gefelchswohnungen und Einfamilienhäuser, die in Gruppen von mindestens fünf Häusern durch einen einheitlichen Träger errichtet werden. Die nutzbare Wohnfläche soll bei den Gefelchswohnungen 75 qm bei den Einfamilienhäusern in der Regel 90 bis 100 qm nicht übersteigen.

Die zu verbürgenden Hypotheken sollen einschließlich vorhergehender und gleichzeitiger Grundpfandrechte 70% der Gesamterstellungskosten nicht übersteigen, so daß die Bauherren also die erste Hypothek (40% der Gesamterstellungskosten) und die restlichen 30% der Gesamterstellungskosten auf andere Weise beschaffen müssen. Die Hypotheken müssen mit 1% unter, Zuwachs der erparierten Zinsen getilgt werden.

Anträge sind bei den obersten Landesbehörden (Wohnungsstellen) in Preußen bei dem Ministerium für Wirtschaft und Arbeit einzureichen. Gleichzeitig wird empfohlen, ein Doppelblatt der Deutschen Bau- und Bodenbank A.-G. in Berlin W. 8, Taubenstr. 48/49, zu überreichen.

Für Berlin hat Staatskommissar Dr. Cippert einen Plan ausgearbeitet, der die wirtschaftlichen, baupolizeilichen Hemmnisse, die einer Belebung der Bautätigkeit im Wege stehen, nicht nur beseitigt, sondern an ihre Stelle Bestimmungen setzt, die das Bau- und Siedlungswesen besonders fördern werden, was den Rückgang der Arbeitslosigkeit in der Reichshauptstadt in weit höherem Maße als bisher zur Folge haben wird.

Wenn die Arbeitslosigkeit im Winter saisonmäßig zunimmt, so rührt dies erfahrungsgemäß zu einem ganz erheblichen Teil von der Derringerung der Beschäftigungsmöglichkeiten in der Bauwirtschaft her. Mit dem in der letzten Woche beschlossenen zweiten Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit sind nun wichtige Grundlagen dafür geschaffen, der saisonbedingten Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft entgegenzutreten. Es wird sich freilich kaum vermeiden lassen, daß im Winter die Außenarbeiten eingeschränkt werden. Das neue Gesetz schafft aber erweiterte Möglichkeiten für Bauarbeiten, die vom Wetter bis zu einem gewissen Grade unabhängig sind (Reparaturen, Umbau, Innenausbau).

Die Reichsregierung stellt 500 Millionen Mark als weitere Zuschüsse für Hausreparaturen, Umbauten und Ergänzungsbauten zur Verfügung.

Dabei sind die Zuschüsse (20 bis 50% der Kosten) nicht wie bisher auf den Wohnungsbaubereich beschränkt, auch gewerbliche und landwirtschaftliche Gebäude können nun mit Hilfe der Reichszuschüsse ausgebaut, umgebaut oder ergänzt werden. Für den Arbeitsmarkt wichtig ist dabei die Bestimmung, daß die Zuschüsse sich nur auf Arbeiten erstrecken, die vor dem 31. März 1934 in Angriff genommen sind. Wenn die Gesamtsumme der Zuschüsse ausgeben ist, dürfte sich daraus ein Gesamtumsatz für das Baugewerbe, besonders für das Bauhandwerk, von 2 Milliarden Mark ergeben, der für das Winterhalbjahr Beschäftigung für etwa eine Million Arbeiter ermöglicht.

Eine wichtige Erleichterung ist die neue Bestimmung, daß das Reich nicht nur einen Zuschuß von 20% gibt, sondern die restlichen 80%, die der Bauherr aufzubringen hat, mit 4% jährlich verzinst. Denn der Hauseigentümer erhält sechs Zinsvergütungsscheine, von denen jeder in den Rechnungsjahren 1934 bis 1939 mit 4% eingestuft wird. Damit wird die Aufnahme eines Kredits für die Hausinstandsetzung für den Hausbesitzer wesentlich erleichtert. Denn die Verzinsung von Hypotheken, die für Instandsetzungen aufgenommen werden, ist von vornherein gesichert.

Wer jetzt baut, handelt nicht nur klug, weil die Baukosten auf einen Tiefpunkt gesunken sind, sondern trägt auch das Seine zum stetigen Ausgang der Arbeitslosigkeit bei.

Allgemeine Beachtung findet die Anlage einer Mittelstandsiedlung von etwa 300 kleineren Eigenheimen auf

So wurden Gewerkschaftsgelder verschleudert!

Die marxistischen Gewerkschaften haben es gut verstanden, die Mitgliederbeiträge von den Arbeitern überaus gewissenhaft einzuziehen, jedoch nur, um sie in gewissenslosigster Art zu verschwenden. Drünkende Gewerkschaftslokale wurden gebaut, in deren Räumen sich satte und hochbezahlte Bonzen in bequemen Sesseln schmätzend räkelten. Was scharfe diese Gewerkschaft die immer größer werdende Not der Mitglieder, die reihenweise vom Strom der Arbeitslosigkeit fortgerissen wurden und in ihm verfanke! Wenn es ihnen nur selbst gut ging! Das war ihre größte und einzige Sorge, solange sie an der Macht waren.

Ihre Sorgen wurden aber noch größer, als sie mit der aufsteigenden nationalsozialistischen Welle auch die Stunde der Abrechnung nahen fühlten. Sie hatten rasch belastende Akten und Geschäftsbücher vernichtet oder teilweise geschafft.

Aber hier wartete Dada: Was man bei ihnen nicht fand, kam an anderen Stellen zum Vorschein. Und so ist es möglich, dem deutschen Arbeiter an Hand eines ausgefundenen

Briefwechsels zwischen dem Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und dem Bundesvorstand des Reichsbanners

aufzuzeigen, in welcher eherdäuslich schamlosen Weise die Gewerkschaften die sauer verdienten und in gutem Glauben gesparten Beiträge verschleudert haben.

Mir liegt ein Einjahresbericht vom 6. September 1930 (Dr.-Nr. 1/30, Nr. 1187) des damaligen Reichsbannergenerals Hörsing vor, den er aus Anlaß der bevorstehenden Reichstagswahlen an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, zu Händen der Genossen Ch. Leipart und P. Graßmann, geschrieben hat.

In diesem behauptet Hörsing dreist und bedenkenlos, daß „Tag für Tag keine Reichsbannerlokale in Städten und Dörfern bei grauenhaften Kämpfen teils mit den Kommunisten, vornehmlich aber mit den Nationalsozialisten dauernd in Kaputtgeschlagenen wurden, daß immer ein Teil von ihnen in Krankenhäusern untergebracht werden mußte“.

Da dieser aufgebaufete Schwindel von den Herren Leipart und Graßmann vielleicht nicht geglaubt werden könnte, weil sie und wir alle von diesen Moritaten nichts gehört und gelesen hatten, so erzählt der Bieremann Hörsing ihnen im gleichen Schreiben, daß er — was profoma durchaus gelassen sein mag — seinen Gauvorständen mitgeteilt habe, daß „sonst, wie möglich vermieden werden mußte, solche Vorkommnisse in die Öffentlichkeit

dem Dahlemer Gelände, wo eine Musteranlage für selbständige Eigenversorgung mit Wasser und Elektrizität geschaffen werden soll. Um die verheerenden Wirkungen von Luftangriffen zu verhüten, müssen Großstadtwohnbezirke aufgelockert werden. Außerdem wird dadurch erreicht, daß die Siedler aus den zum Eigenheim gehörenden Kleingärten zusätzliche Nahrung erhalten. Da die Dorf- und Gemeindefürsorge gleichzeitig mit der Siedlung zu entlasten, kann auf selbständigem Rohland auch zu wohnen, so daß man nicht mehr auf das meistens in den Händen der Bodenpekulation befindliche teure Gelände an den Ausläufern der städtischen zentralen Dorfversorgung angewiesen ist.“

In Goslar wird eine große Eigenheim-Reihen-Siedlung gebaut werden. Jeder Bauherr erhält das Baugelände von der Stadt kostenlos. Voraussetzung ist, daß die Eigenheim nach einem einheitlichen Typ ausgeführt und dabei zur Hälfte Wohlfahrtszweckes bestmöglich zu sein werden. Die Baukosten betragen 7000 bis 9000 M.

Auf der ostdeutschen Tagung des Kampfbundes für deutsche Kultur erklärte Staatssekretär Feder u. a.: Durch Neuordnung der bisher unproduktiven Hauszinssteuer werde man das Baugewerbe als das wichtigste Schlüsselgewerbe wieder in Gang bringen.

Wir brauchen ein gesundes Volk in enger Verbundenheit mit unserer heiligen Erde und darum wird dem Eigenheim die bemühte Förderung des Staates gelten. Es handelt sich nicht mehr allein um die Beschaffung bringender erforderlichen Wohnraumes, sondern um den Umbau der Wirtschaftsgrundlagen unseres Volkes, um ein Werk von einer Größe, das nur wenige bisher erkannt haben, und wir werden auch den Mut und die Kraft aufbringen zu ungewohnten neuen Wegen. C. Weidekamm.

zu bringen, damit die Reichsbannerkammeraden nicht ängstlich werden!“

So kindlich dieses Geschwätz des tapferen Reichsbannerhauptlings war, gleichgültig, ob die Gewerkschaftsgemalten ihm glaubten oder nicht, Tatsache ist, daß es seine Wirkung nicht verfehlte.

Es heißt in diesem interessanten Schreiben weiter: „Wir (der Bundesvorstand des Reichsbanners) gestatten uns deshalb, an Sie mit der Bitte heranzutreten, uns doch so schnell wie möglich mit einem größeren Betrag beizutragen zu wollen, damit wir über die schwere Zeit hinwegkommen. Seien Sie so freundlich, und bewilligen Sie uns (bitte den Atem anspannen!)“

RM. 100.000,— und überweisen Sie uns diesen Betrag auf unser Konto bei der Arbeiterbank, Filiale Magdeburg. Zurzufrieden fährt Herr Hörsing dann fort: „Hoffentlich sind Sie über den von uns geforderten Betrag nicht allzusehr erschreckt.“

Und zur Herbenstärkung der Angehörigen schließt er seinen Brief kräftlich und in edler Bescheidenheit: „Sicherlich werden wir, wenn die ganze Wahl vorbei ist... erneut an Sie mit der Bitte um geldliche Unterstützung heranzutreten müssen.“

Weil er seine Pappnenheimer kannte, dankt er für den geforderten Betrag gleich „im Voraus“.

Und richtig... die Gewerkschaftsoberbonzen Leipart und Graßmann zückten, durchaus nicht erschreckt, sondern freudigen Herzens, das große Portemonnaie und sandten Herrn Hörsing zunächst mal postwendend am 8. September 1930 (Geld.-Nr. 6884/30 We/M.) 10.000 M. Zug um Zug ging es dann munter weiter. Bereits am 4. November 1930 (Dr.-Nr. 7071/1930) verfrachtete der Gewerkschaftsbund weitere 50.000 M. an Herrn Hörsing, und nur fünf Wochen später, am 11. Dezember 1930, schickte ein neues Geldschiff mit 20.000 M. an den Magdeburger. Gleichzeitlich attestierte der Gewerkschaftsbund (Gwb.-Nr. 7949/1930 Kw/Ch.) schriftlich Herrn Hörsing, daß er „von den ihm zugesagten 100.000 M. nunmehr 60.000 M. erhalten habe“. Und damit die Reichsbannerbonzen frei von Sorgen über das Weihnachtsest 1930 hinwegkommen, wird ihnen mitgeteilt, daß man ihnen den restlichen Betrag, nämlich 40.000 M. im Laufe des ersten Quartals 1931 zustellen werde, was dann auch wirklich geschah!

Nachdem Herrn Hörsing der große Schlag, den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund um 100.000 M. zu liefern, so ansglückt gelungen war, versuchte er aufs Ganze zu gehen. Ihm war bekannt, daß der Gewerkschaftsbund im Herbst 1930 allen in der Arbeiterbewegung tätigen Angestellten, ebenso den Gewerkschaftsmitarbeitern, die sich in öffentlicher Stellung befanden, einen Extrabehrag aufzuerlegen hatte. Da daraus aufkommenden Gelder sollten als Notopfer zur Unterstützung ausgeleiteter arbeitstoser Gewerkschaftler Verwendung finden. Der Gewerkschaftsbund wollte zu diesem Notopfer auch die hochbezahlten Angestellten des Reichsbanners heranziehen. Das nahm Herr Hörsing freudlich übel.

Er verlangte in einem Schreiben an den AdGB. vom 8. November 1930 nicht nur, daß man seinen angestellten Extrabehrag erlasse, nein, er hatte sogar die Unverschämtheit, vom Gewerkschaftsbund zu verlangen, daß dieser den gesamten aus dem Notopfer aufkommenden Betrag der „Verbindungsausfischen“ des Reichsbanners zuführe.

Auch den Gewerkschaftsoberbonzen fiel nun Herr Hörsing endlich auf die Nerven. Sie lehnten seine letzten beiden Forderungen durch Schreiben vom 15. November 1930 (Gwb.-Nr. 7274/30) — leider viel zu höflich — ab. Die Sünden Schuld der Herren Leipart und Graßmann aber bleibt bestehen:

Sie verüberließen im Winter 1930/31 den Reichsbannertragn von hunderttausend Mark, indem sie ihn, der aus ungeschätzten Arbeitergroßgebern entstanden war, einem Scharlatan in den unverschämlichen Rachen warfen.

Begreif ihr nun, weshalb es notwendig war, daß hier zugespäht und jener schruppellosen Gesellschaft die Führung der Arbeiterbewegung aus der Hand gerissen werden mußte? Denn diese hier geschärdeten Vorgänge sind ja nur ein kleiner Auschnitt aus jener grenzenlosen Mißwirtschaft, die sich in allen Gewerkschafts- und Arbeiterverbänden im marxistischen Deutschland Dreißigendacht hatte!

Wir wissen ja heute, daß die rote Luderwirtschaft in den Gewerkschaften am 2. Mai 1933 nicht vor dem Zusammenbruch stand und daß die Arbeiter, die in oft jahrzehntelangen Beitragsopfern Rechte erworben hatten, vor der drohenden Gefahr standen, mit einem Schläge alles zu verlieren. Die Gewerkschaften standen vor dem Bankrott. Deutschlands Arbeiterschaft vor diesem ungeheuren Verlust nicht nur beahret, sondern ihre Anrechte auch für die Zukunft gesichert zu haben, ist der erste große Erfolg gewesen, den die neuen, nationalsozialistischen Männer in der Deutschen Arbeitsfront errungen haben. Spectator.

Die Volksfürsorge als wirtschaftliches Unternehmen der Deutschen Arbeitsfront

Als am 2. Mai die ISBO außer den Gewerkschaftsbureaus auch die Volksfürsorge, Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft, besetzte, forderte die Bremerger Bevölkerung auf. Alle kannten den Bau an der Arbeiter, aber die wenigsten waren sich darüber klar, welcher Zweck nun erst recht für das schaffende Deutschland und von ihm ausgehen sollte. „Volksfürsorge“, der Name besagt schon, daß es sich hier nicht um ein Unternehmen im alten kapitalistischen Sinne handelt, sondern daß sie die Durchführung für das Volk sein will. Einige Zahlen sollen das bekräftigen: Mehr als 2 1/2 Millionen deutschen Volksgenossen haben sich der Volksfürsorge als der größten deutschen Volkser-

„Gedenkmünze zur deutschen Schicksalswende“

(Adolf-Hitler-Gedenkmünze)

Unter dem Solognwort „Zum Jahre deutscher Schicksalswende“ haben die Bayerische und die Preussische Staatsmünze zu Ehren des Herrn Reichskanzlers Adolf Hitler eine kunstvoll gestaltete Gedenkmünze ausgeprägt, die in diesen Tagen der Öffentlichkeit übergeben worden ist.

Dieses, von Professor Oskar Glöckler, Oberturnbannführer und Sportreferent bei der Gruppe Berlin-Brandenburg, entworfene Gedenkmünze, welches erstreckungswise eine deutsche Besonderheit aufweist, enthält auf der Vorderseite ein hervorragend gelungenes Bildnis des Führers und Kanzlers, das sein charakteristisches Profil in seltener Klarheit und Schärfe zum Ausdruck bringt. Die Rückseite dieser aktuellen und wertvollen Sonderprägung ist der nationalen Einigung und Erhebung des deutschen Volkes gewidmet; sie zeigt in sinnbildlicher Form das kraftvolle Aufstiegen des alten preussischen Adlers, der sich seiner Fesseln entledigt und so gleichsam das ganze deutsche Volk zum freieitlichen Aufbruch mahnt. Der von der Reichsleitung der NSDAP. genehmigte Dertreib dieser Gedenkmünze, die in Fünfmarkstückgröße, Silber zu 6 M., in Bronze zu 3 M. einjchl. eines Etuis abgeben wird, er-

folgt durch die meisten Banken, Spar- und Darlehnskassen sowie Staatl. Lotteriete-Einnahmestellen des Reiches; sie kann auch unmittelbar von der Hauptvertriebsstelle, dem Bankhaus Joh. Wihig u. Co., München, bezogen werden.



den, welche für alle Stellen auch Werbematerial kostenlos zur Verfügung hält. Möge diese wertvolle Ausgabe eine weitest gehende Verbreitung im deutschen Volke finden, zumal ihr Reinertrag auch mit dazu beitragen soll, den mannigfachen vaterländischen Aufgaben unserer Zeit zu dienen.

Zivilisation am Scheidewege

Die soziale Versicherungsgesetzgebung hat bekanntlich bewunderliche Tatkraften befristet, sowohl zwangsläufige Infolge ihres in diesem Verfallenen Auf- und Ausbaues als auch ungenutzte Infolge der heillosen Geschäftsführung einer pflichtvergessenen, marxistischen Klassenorganisation. Auch ein anderer Kreis staatlicher Aufgaben, der der sozialfürsorglichen Maßnahmen, löst Krebschäden erkennen deren Entwürden zu suchen sind in der Überpflanzung des Fürsorgegedankens durch eine sinn- und hemmungslöse Humanitätsdulerei. Wir nennen das schlangweg so, nicht trotzdem wir, nein, gerade weil wir Nationalsozialisten sind!

250 000 Geistesranke und Geisteschwache, 100 000 bis 200 000 Schwachsinrige, 75 000 Idioten, 100 000 Epileptiker und 6 Millionen fesslich Minderwertige (Psychopathen) beherbergen unser Vaterland. Alles bejammernswerte Wesen, gewiß. Aber ein Drittel davon ist in Irren-, Heil- und Pflegeanstalten untergebracht, deren Keuzeres und Inneres manchmal an luxuriöse Krankenkassenpaläste erinnert. Inmitten von Luft, Licht und Wohlstand, dazu ausreichend beheizt, werden sie gefesselt und hereingebracht, als ob kostbares Erbgut dem Allgemeinwohl erhalten werden müßte. Der geistig minderwertige Gewohnheitsverbrecher wird in Zuchthäusern und Gefängnissen peinlich genau nach Kalorien ernährt. Seine Zelle entspricht hygienischen Grundregeln hinsichtlich Kubikinhalt, Belichtung, Beheizung, Wandanstrich usw. Seine Kleidung ist sauber und heil.

In den Großstädten des Deutschen Reichs aber müssen Tausende und aber Tausende geistig gesunder Volksgenossen jahrein jahraus dahinsiechen, zusammengepfercht in den Stenodörfern der Proletarierquartiere, vielfach ohne eigenes Bett, in Schmutz und Dreck verkommend, mit Lampen beleuchtet. Sinaat, Känder und Gemeinden jedoch befinnen sich ihrer sozialen Pflichten erst dann, wenn die Sterbten geistig und körperlich in diesem Sumpf verfaßt sind und nunmehr unsoziale Handlungen begangen haben. Wenn ihr Leben verpufft ist, werden sie auf Rosen gebettet!

Fürwahr, eine wahnsinnige Methode: gesunde Erbmassen erst verkommen zu lassen, um dann den elenden Rest sorgsam zu konfiszieren!

Und warum diese Unsinntigkeit? Weil unsere sogenannte Zivilisation allmählich das richtige Verständnis verloren hat für die ehernen Gesetze biologischen Naturgeschehens. Demgegenüber bedeutet eine wohlverstandene Rassenpflege die energische Abkehr von diesen Irzweigen sozialer Fürsorge für die Abnormen. Sie allein wird nur das Höherwertige fördern, das Minderwertige dagegen zwar nicht vernichten, jedoch an der Fortpflanzung zu hindern und damit unfruchtbar zu machen wissen.

Baugewerbe-Tarif der Pfalz

Durch Entscheidung des Reichsarbeitsministeriums ist der auf einer Entscheidung des Treuhänders der Arbeit für das Wirtschaftsbereich Bayern beruhende Bezirksarbeitsvertrag vom Juni dieses Jahres für gewerbliche Arbeiter im Baugewerbe der Pfalz rückwirkend ab 1. Juli für allgemeinverbindlich erklärt worden. Von der allgemeinen Verbindlichkeit ausgeschlossen sind Ludwigshafen a. Rh., nebst Dororten Freienheim und Mundenheim, ferner Oggersheim, Oppau, Rheingönheim, Maubach, Muttertal, Friedensau, Rehhütte, Limburgerhof, Altrip und Neuhöfen.

Poliertarif in Ostpreußen

Der Treuhänder der Arbeit hat für das Gebiet Ostpreußen einen Tarifvertrag für Poliere, Schachtmeister, Hilfspoliere und Unterfachmeister in Kraft gesetzt. Die neuen Löhne sind rückwirkend vom 1. September ab zu zahlen. Werden jedoch höhere Löhne als die tariflichen gezahlt, so werden sie bis zur Beendigung der Arbeiten auf der jeweiligen Baustelle weitergezahlt. Nach dem neuen Bezirksarbeitsvertrag zur Ostklasse I: Königsberg (Pr.), zur Ostklasse II: Allenstein, Elbing, Gumbinnen, Insterburg, Lyda, Marienburg, Marienwerder und Gilt-Ragnit zur Ostklasse III: Braunsberg, Cerny, Deutsch-Chehn, Fischhausen, Georgenswalde, Kahlberg, Lügen, Neuhäuser, Neukühren, Ortelsburg, Osterode, Palaninken, Pillau, Rastenburg, Rauschen, Warndicken, zur Ostklasse IV: Angerburg, Arns, Bartenstein, Bischofsburg, Bischofsstein, Endkühnen, Garßen, Goldap, Heiligenbell, Heilsberg, Johannisburg, Korbjen, Labiau, Landsberg, Moryungen, Neidenburg, Dr.-Enlau, Dr.-Holland, Drostken, Riesenburg, Rothenburg (Westpr.), Sensburg, Stallupönen, Stuhm, Tapiau, Treuburg, Wehsau, Wormbitt. Zur Ostklasse V gehören die übrigen Städte und das platte Land. Vom 1. September 1933 bis zum 31. Mai 1934 gelten folgende Gehälter:

Ostklasse	I	II	III	IV	V
a) Monatsgehälter:					
Poliere	250	215	200	185	170
Schachtmeister	220	205	190	175	160
b) Wochengehälter:					
Poliere	53	49,50	46	43	39
Schachtmeister	50	47,50	44	41	38
c) Wochenlöhne:					
Hilfspoliere	49	47	45,50	40	37
Unterfachmeister	46	45	42	39	36

Die Vergütung für Überstunden beträgt 25 %, für Nachtarbeit 50 % und für Sonntagsarbeit 100 %. Der Bezirksarbeitsvertrag selbst gilt für die Dauer der Reichsarbeitsverträge für Poliere und Schachtmeister.

Tarif und Baugewerbe in Bayern

Nachdem aus verschiedenen Teilen des Reichsbezirks Bayern wiederholt ernsthafte Klagen eingebracht wurden über Tarifunterbietungen, sah sich derselbe veranlaßt, bei den zuständigen Stellen nachdrücklich vorstellig zu werden, damit Maßnahmen Anwendung finden, bei der Wiederherstellung eines Rechtszustandes im Tarifwesen dienen.

Für das Baugewerbe im Bereiche von Bayern ist der Landesarbeitsvertrag vom 3. März 1933 gültig, der durch den Treuhänder der Arbeit allgemeinverbindlich erklärt wurde und als Bestandteil des ebenfalls verbindlich erklärten Reichsarbeitsgesetzes gilt. Damit ist der beschriebene Tarif rechtskräftig.

Im nationalsozialistischen Staate gibt es, alle Bestimmungen, die einmal erlassen sind, und darunter fallen bevorzugt verbindlich erklärte Vereinbarungen von Tarifern, genauestens einzuhalten und nicht zu dulden, daß sich Unternehmer, unter besonderer Hervorhebung grüblidsten Eigen-

nüßes, um die Einhaltung der Tarifbestimmungen. Es muß Ordnung und Autorität im Staate und in der Wirtschaft wiederhergestellt werden, damit die Unterdrückung der wirtschaftlichen Schwächen unterbunden wird und die Gleichberechtigung dem Leistungsstand nach Wege ebnet. Daburh unterzählen wir uns von der Korruptionswirtschaft der Vergangenheit.

Der größte Feind der Arbeitgeber im Baugewerbe unterliegt das Vorgehen gegen Tarifunterbietungen tatkräftig und es ist zu hoffen, daß auch der Feind, der noch nicht jenseits soziales Gefühl und wirtschaftliches Verständnis aufbringen und begreifen zu können, daß es auch für den Unternehmer Pflichten gibt, ohne erst durch die in den Fällen der Tarifunterbietungen vorgesehene Zwangsmaßnahmen zu demselben gebracht werden zu müssen. Wenn aber in Zukunft solche und gültige Tarifstellungen nicht zum Ziel führen, muß rascher und gründlich durchgegriffen werden, wogu in erster Linie die zuständigen Gerichte berufen sind; darüber hinaus stehen aber auch noch die in den nachfolgenden Abschnitten erweiterten Möglichkeiten zur nachdrücklichsten Durchführung von Gesetzes wegen zur Verfügung.

Wir nehmen es verdammt ernst mit den Belangen der deutschen Arbeiter und lassen uns nur von der Grundsätzlichkeit in der Durchführung des sozialen Problems leiten.

Tarif und Schwarzarbeit.

Krebschaden Schwarzarbeit. Die Handwerkskammer von Oberbayern schreibt uns auf Dorort namens der Bayerischen Handelskammer: Der Präsident des Landesarbeitsamtes Weßfalen hat kürzlich bei einer Besprechung über die zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Weßfalen und im Ruhrgebiet zu ergreifenden Maßnahmen die wirksame Unterbindung der Schwarzarbeit als ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besonders hervorgehoben. Er schloß und überzeugend daß vor wenigen Tagen das Landesarbeitsamt Rheinland in einer öffentlichen Kundgebung den Krebschaden der Schwarzarbeit gekennzeichnete und ihre zerstörerischen Folgen rückhaltlos herausgestellt. Die Kundgebung lautete:

Schwarzarbeit im Sinne des Handwerks und der Industrie bedeutet die Ausführung von gewerblichen Leistungen und Lieferungen durch Personen, die ihr Gewerbe nicht ordnungsmäßig angebetet haben.

Schwarzarbeit im Sinne der Sozialversicherung und der öffentlichen Fürsorge ist die Ueberrahme bezahlter Arbeit bei gleichzeitiger Mißbräuchlicher Inanspruchnahme öffentlicher Unterstützung.

Schwarzarbeit tritt sowohl allein als auch zusammen in beiden Erscheinungen auf; im letzteren Falle sind damit verbundenen Schäden und Nachteile besonders groß.

Schwarzarbeit hat zur Folge: Gefährdung der Existenz des Handwerks und der Industrie durch völlige Verdrängung der Wettbewerbungsgrundlagen. Schwächung der Sozialversicherung und der öffentlichen Fürsorge durch Beitragsausfall und ungerechtfertigte Leistungen. Minderung des Steueraufkommens durch Steuerhinterziehungen. Vergiftung der öffentlichen Moral, denn sie ist Betrug und Beihilfe zum Betrug, geboren aus schändlichem Eigennutz oder Gedankenlosigkeit, verbunden mit einem falschen verkannten sozialen Mitgefühl.

Wer Schwarzarbeit vergibt oder ausführt, verbündet sich gegen die Allgemeinheit, denn er nimmt Menschen Derbstahl und Brot, die auf ihrer Hände Arbeit unbedingt angewiesen sind.

Schwarzarbeit unterminiert mit dem Gesetze des Staates ihre zielbewusste Bekämpfung ist daher eine staatspolitische Notwendigkeit.

Schwarzarbeit ist Sabotage am Wieder- aufbauprogramm der bayerischen Reichsregierung, denn sie bedeutet Fortbestand nicht Bekämpfung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Bekämpfung der Schwarzarbeit ist Arbeitsbeschaffung, denn sie wandelt geschwundene in geschäftliche Arbeit um. Gemeinnutz geht vor Eigennutz! Nur aus dieser Grundeinstellung heraus kann und wird die Schwarzarbeit vernünftig überwunden werden.

Deutscher, denke daran! Sei auch du Mitstreiter in diesem Kampf.

Tarifunterbietung ist Unzuverlässigkeit.

Die Dorortsammer München des Bayerischen Handwerkskammergates schreibt uns u. a.:

Die Reichsgewerbeordnung setzt bei den baugewerblichen Betrieben, zu denen nicht nur die Bauhaupt-, sondern auch die Ausbaugewerbe gehören, ein besonderes Maß von Zuverlässigkeit in persönlicher, sachlicher, wirtschaftlicher und berufsständischer Beziehung voraus und bedroht diejenigen, welche diese Zuverlässigkeit nicht besitzen, mit der Unterlegung des Gewerbebetriebes. Nun entsteht die Frage, ob Unzuverlässigkeit auch in der Milderhaltung von Tarifverträgen durch tarifgebundene baugewerbliche Betriebe zu erblicken ist. Ein Erlaß des Reichsregierungspräsidenten zu Schleswig vom 3. August d. J. kommt zur Bejahung dieser Frage und knüpft daran die Welfung an die Augenstellen, in allen derartigen Fragen unanschuldigt vorzugehen. Der Erlaß lautet in seinem einschlägigen Teil:

Die Unterbrechung der durch Tarifvertrag festgelegten Löhne hat in der letzten Zeit großen Umfang angenommen, namentlich im Bau- und Baugewerbe in den kleinen Städten und auf dem Lande. Solchen Missetätigen muß nicht nur im Interesse der Arbeiter, denen der durch Tarifvertrag garantierte Mindestlohn zur Festhaltung ihres Lebensunterhaltes unbedingt zu erhalten ist, sondern auch im Interesse des soliden Unternehmertums unbedingt gesteuert werden.

Die Durchführung durch Preisunterbietungen, die nur durch Kürzung von Löhnen und Gehältern ermöglicht wird, durch Aufträge an sich zu bringen, arbeiten der Gesunderhaltung der Wirtschaft, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und damit den Bestrebungen der Regierung entgegen. Sollten Unternehmen dieses Gewerbegebietes festgestellt werden, die sich ihren Verpflichtungen aus den Tarifverträgen bisher entzogen haben und die weiterhin ihre Arbeit-

Japan siegt — durch billige Strümpfe

Hinter den Kulissen eines gigantischen Wirtschaftskampfes.

In Englands Finanzwelt macht sich in steigendem Maße eine wohl begründete Erregung bemerkbar. In der Tat liegt wirklich Anlaß zu ernstlichen Besorgnissen für die verschiedenen englischen Industriezweige vor: Japan nämlich ist dabei, als Gegenschlag gegen bestimmte englische Zollgesetze den lateinamerikanischen Markt zu erobern, bisher die geheiligte Domäne der englischen Ausfuhr. Und dieser unblutige Kampf wird mit den wirksamsten Waffen geführt. Tokio hat erklärt, Japan, Verhandlungen in dieser Sache würden zu keinem Erfolg führen.

Die Dorgefühle dieser Kampfanlage ist sehr einfach. England erließ vor kurzer Zeit einige Zollbestimmungen für bestimmte englische Märkte, auch in den Kolonien, die es Japan unmöglich machten, diese Absatzgebiete wie bisher zu betreten. Nun sind die Herren in Japan wiederum nicht so veranlaßt, daß sie sich eine derartige Maßnahme ohne Gegenstück gefallen lassen, und da der Hieb die beste Parade ist, stellen sie in englische Absatzgebiete ein und veranlassen einen Propagandakrieg für japanische Waren, der feinsinnigsten kaum hat.

Es wird nicht heimlich mit Spionage und Dunkelmannern der Wirtschaft gekämpft, nein, offen wird erklärt: wir wollen England vom lateinamerikanischen verdrängen, erste Etappe der Schlacht ist Buenos Aires. In Osaka kamen die ganz großen Exporteure Japans zusammen, setzen sich an den grünen Tisch, um zu beraten, und beschließen, alle Mittel anzuwenden, um den Markt mit allen Möglichkeiten der Propaganda vorzubereiten. Alle waren zu erheblichen Opfern bereit. Sachleute der Werbung wurden hunderttausend, um das Ziel zu fördern, um die Preisgestaltung vorzuschlagen und die Werbemethoden zu studieren. England hatte japanische Exporteure vom indischen Markt vertrieben, jetzt sollte Gleiches mit Gleichem hier in Brasilien vergolten werden.

Die japanische Missionsgruppe übernahm die Führung. Die Missions kontrollieren Schiffsfahrtslinien und Banken, ihr Familienoberhaupt gilt als der reichste Mann der Welt. Das Handelsministerium stellte Millionen für die Propaganda bereit.

Und dann begann die Praxis. Japanische Handelsagenten überfluteten das Land. Die Reisenden wußten den Kaufmann zu überreden, daß er gute Geschäfte mit den japanischen Waren machen müßte, weil sie gut und billig seien. Sie annoncierten für ihre Abnehmer in den Zeitungen, sie veranstalteten Vorführungen und Kinderfeste, Frauenabende und Kabarett, sie machten es den Kaufmann durch Zahlungserleichterungen bequem und bewilligten darüber hinaus sogar Darlehen. Kein Wort fiel offiziell gegen England, der Kampf wurde durchaus fair geführt, aber trotzdem: es war ein Kampf, der mit dem Aufgebot aller verfügbaren Kräfte um die Weltgeltung geführt wurde.

Und schon der erste Kampf gelang. Die brasilianischen Kaufleute stellten sich auf japanische Waren um, der Export nach Amerika stieg um 20 %. Um diese Steigerung zu verstehen, muß man wissen, daß fast alle Nationen der Welt an diesem Export beteiligt sind, und daß es schon schwer ist, Schrittweise mit Bruchteilen von Prozenten Boden zu gewinnen.

Diesen Etappensieg konnte Japan nur durch die Billigkeit erringen. Und die Billigkeit wieder konnte nur durch den Fleiß des japanischen Arbeiters erreicht werden. In Japan ist der Lohn niedrig und die Arbeitszeit lang. Aber die Lebensverhältnisse für die Arbeiter sind ebenfalls billig, er kommt gut mit seinem Lohn aus, sein Lebensstandard ist vollkommen gesichert. Außerdem aber ist er innerlich an diesem Kampfe beteiligt und weiß bei jedem Stück, das er fertigt, daß es um den Aufschwung seines Vaterlandes geht. Und als echter Japaner stellt er auch bei diesem Kampfe das eigene Jäh hinaran, um der Gemeinschaft zu dienen.

Die wirtschaftliche Vorherrschaft Englands also soll durch billige Qualitätsprodukte gebrochen werden. Schon kommen die ersten Früchte nach London selbst. Einmal sah hier die gesetzlich vorgeschriebene Formel: made in Germany. Man wollte den Unterschied zwischen dem deutschen und dem englischen Produkt auch äußerlich kenntlich machen, man glaubte in eine Minderwertigkeit mit diesem Stempel auszubriden. Aber das Publikum war anderer Meinung, prüfte und kaufte mit Vorliebe Waren, die diesen Stempel made in Germany trugen.

Jetzt aber tauchen in London plötzlich Waren auf, die in Japan gefertigt sind. Zwanzig Millionen Gummischuhe sind eingeführt worden, und trotz aller Zollmaßnahmen sind sie so billig, daß die englische Konkurrenz nicht dagegen ankam. Die japanischen Gummischuhe kosten 2 \mathcal{M} , die englischen 7,50 \mathcal{M} . Das ist ein den Käufer bestimmender Unterschied.

Noch krasser tritt der Unterschied im Preise bei Fahrzadellen hervor. Der japanische kostet 1,60 \mathcal{M} , der englische 7 \mathcal{M} . Außerst begehrt sind japanische Konfektion und in Japan gefertigte baumwollene Strümpfe, die in Millionen Paaren exportiert werden. Bei einem Preis von 80 \mathcal{S} für das Paar bleibt dem Händler noch ein Gewinn von 30 \mathcal{S} , der bestimmend ist.

Meldungen aus Australien künden auch dort den Einfall Japans in neue Wirtschaftsbereiche an. Die Offensiv richtet sich gegen England. Sie wird auch hier mit allen Mitteln genährt.

So spielt sich ein Gigantenkampf hinter den Kulissen ab, ein Kampf, von dem niemand etwas weiß, und der doch Schicksal bedeuten kann, wenn Fähigkeit und Energie liegen.

Edith Erich Barante.

nehmer untertariflich entlohnem, so würde durch diese mangelnde Sorgfalt in der Beachtung der Arbeitergesetzbestimmungen bereits erfüllt werden und der Betrieb wegen Unzuverlässigkeit zu unterlagen sein.

Daß Nichterhaltung von Tariflohnfähigen durch tarifgebundene Unternehmungen auch den Tarifbestand des untauglichen Werkverbes erfüllen kann, hat ein von uns ebenfalls vor kurzem behandeltes Reichsgerichtsurteil schon im Jahre 1927 ausgesprochen.

Unsere Veteranen

Ein seltenes Jubiläum konnte unser Kollege, der Zimmermann Paul Kirchsche, Berlin-Friedenau, Knauststr. 9, geboren am 25. Oktober 1853, begehen. Kollege Kirchsche gehört dem Verband seit dem 16. September 1893 an. Am 16. September dieses Jahres konnte er auf eine 50jährige Mitgliedschaft zurückblicken.

Wir wünschen dem Kollegen Kirchsche noch einen recht gesunden Lebensabend.

Der Derbandskreis Regensburg meldet uns, daß der Hilfsarbeiter Rudolf Cadner dem Verband 25 Jahre die Treue gehalten hat.

Auf dem Felde der Arbeit

Dom Gerüst gestürzt. In Hamburg stürzte der Maler Helmuth Klein beim Gaswerk Gieshof von einem 12 m hohen Gerüst. Mit schweren inneren und Kopfverletzungen mußte er ins Krankenhaus gebracht werden.

Don Erdmassen verdrängt. Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich am 29. September in Plauen. Der 35jährige verheiratete Erdarbeiter Walter Chemnitz wurde von hereinbrechenden Erdmassen verdrängt und sofort getötet.

Starkfrostleistung bestrift. An der Braunauer Eisenbahnbrücke, die zur Zeit angefertigt wird, nahm ein 27 Jahre alter Hilfsarbeiter Reinigungsarbeiten vor, wobei er mit dem Hammer die Starkfrostleistung bestriftete. Er stürzte mit Drehmomente an der Hand und der linken Körperseite aus 4 m Höhe ab und erlitt einen Oberschenkelbruch und Verletzungen an der Schläfe.

Dachdecker abgestürzt. Am 27. September stürzte ein Dachdecker, der auf dem Hause in der Falkenwälder Straße mit Dacharbeiten beschäftigt war, in den Hof, wo er mit schweren inneren und äußeren Verletzungen liegen blieb, denen er nach kurzer Zeit erlag.

Unfall bei Maurerarbeiten. Ein bei der Befestigung des Gutes Kansen bei Leusdenin beschäftigter Maurer stürzte in einen tief ausgehöhlten Keller, wobei er sich schwere Schulterverletzungen, Quetschungen, einen Sehnenriß und einen Schlüsselbeinbruch zuzog.

Wellenbogen eingestürzt. In Hanau stürzte aus ungeklärten Gründen beim Abbau eines Bogens der Mainbrücke bei Steinheim ein Seitenriß ein, wobei ein Duisburger Bauarbeiter in dem Main fiel und durch eine nachdringende Bohle schwer verletzt wurde. Er konnte nur mit großer Mühe aus dem Wasser gezogen werden. Mit der gleichen Bohle fiel ein zweiter Arbeiter aus.

Bugbad so unglücklich auf einen Betonpfeiler der Brücke, daß er erhebliche Verletzungen am Becken und Kopf davontrug.

Göbliger Sturz vom Dach. Bei Dacharbeiten auf der Postleihstraße in Hildesheim stürzte der 17jährige Dach- und wurde schwer verletzt. Nach Ueberführung in das Krankenhaus erlag er seinen Verletzungen. Der Sturz sollte 8 Tage später seine Gesehensprüfung machen. M. K.

Baunfall. In Ermitte ereignete sich auf der Baustelle Plümpfe ein Baunfall, der zum Glück noch glimpflich abließ. Dort rutschte ein Gerüst ausenander, auf dem ein Maurer stand. Er erlitt außer Hautabstülfungen keinerlei Verletzungen.

Dom Balken getroffen. In München traf ein abstürzender Balken einen beim Abbau des alten Gaswerkes beschäftigten 57jährigen Hilfsarbeiter und schlug ihn zu Boden. Der Getroffene erlitt einen Schädelbruch und mußte ins Krankenhaus geschickt werden.

Unglücksfaller Sturz. In Leipzig stürzte der Zimmerer Karl Wolff, der beim Neubau der Herrenkurgasse beschäftigt war, durch einen Fehltritt von der Ramme und mußte mit einem Beckenbruch dem Krankenhaus zugeführt werden.

Ausschluß

Mit sofortiger Wirkung wird der Zimmermann Heinrich Peters, Cella, Hattendorfer Str. 21, wegen marxistischer Hezereien aus dem Verband ausgeschlossen.

Mit sofortiger Wirkung wurde ebenfalls aus dem Deutschen Arbeiterverband des Baugewerbes ausgeschlossen: der Bauarbeiter Klief, Plauen I, Dgl., der heute noch gegen die nationalsozialistische Regierung hetzt und für den Kommunismus agitiert.

Das Mitglieð

Heinrich Frank, Buer i. Weßf., Baumerfeldstr. 72, wurde wegen staatsfeindlicher Betätigung aus dem Konzentrationslager gebracht. Er wird damit auch mit sofortiger Wirkung aus dem Verbands ausgeschlossen. Mit sofortiger Wirkung werden folgende Mitglieðer ausgeschlossen:

- Maurer Max Schmidt, Chemnitz,
Maurer Friedr. Weiß, Chemnitz,
Träger Bruno Müller, Chemnitz,
Zimmerer Conrad Mann, Chemnitz,
Zimmerer Rich. Ungeheiß, Chemnitz,
Hilfsarbeiter Bruno Dötel, Chemnitz,
Träger Richard Wolf, Chemnitz,
Stuhknecht Paul Schubert, Chemnitz,
Ofenheizer Karl Wajchel, Chemnitz,
Walter August Kaufmann, Chemnitz.

Alle 10 Genannten sind ehemalige Gewerkschaftsfunktionäre, die auch heute noch ihre marxistische Wühlarbeit nicht lassen können.

Leset die Tageszeitung der Deutschen Arbeitsfront „DER DEUTSCHE“ Herausgeber Dr. Robert Ley. Zu beziehen durch den Verband oder durch die Post.

Verbandsbezirk Sachsen

Vorgabung von öffentlichen Arbeiten. Die Verbandsbezirksleitung hat nachfolgendes Schreiben an die aufgeführten Firmen gelangt:

An die Dremag, Dresdner Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Dresden; an die Reichsbahn-Direktion, Bautechnisches Büro Dresden; an die Oberpostdirektion Dresden; an das Sächsische Wirtschafts-Ministerium Dresden; an das Sächsische Finanzministerium Dresden; an das Baurechtsabteilungsamt II, Dresden; an das Baurechtsabteilungsamt I, Dresden; an das Landesbauamt Dresden.

Durch sehr viele Schwierigkeiten, die wir mit Unternehmern wegen untertariflicher Entlohnung burdzuweisen haben, sowie durch Melbungen, die uns von den Arbeitgeber-Verbandsverbänden zugeleitet werden, angezegt, erlauben wir uns, Ihnen folgendes zu unterbreiten:

Allzuoft kommt es heute leider noch vor, daß Behörden Arbeiten zur Vergabung ausschreiben und dabei meistens diejenigen berücksichtigen, die diese Arbeiten am billigsten veranzuschlagen. Demzufolge ist es auch den ausführenden Firmen, abgesehen von ihrer Gewissenlosigkeit, unmöglich, die Tariflöhne gemäß den allgemeinerbindlich erklärten Tarifen zu zahlen.

Tatsachen von unserem Führer und Volkskanzler Adolf Hitler sowie der Deutschen Arbeitsfront gegebenen Anweisungen sind wir verpflichtet, darauf zu achten, daß diesen Anweisungen ein Ende bereitet wird und auch den Unternehmern, die sich gewissenlos dieses Volksverbrechens schuldig machen, das Handwerk zu legen.

In Einvernehmen mit den Arbeitgeber-Verbandsverbänden sowie Zwangs-Innungen eruchen wir Sie, bei Vergabung von öffentlichen Arbeiten, als da sind:

- Maurer-, Zimmerer-, Beton-, Gieß- und Straßenbau-, Dachdecker-, Stukkatuer- und Duper-Jemie-Maler-, Fliesenleger-, Glaser-, Steinholz-, Jolierer- und Steinmetz-Arbeiten, darauf zu achten, daß nur solche Firmen zu berücksichtigen sind, die den Gesellen den vollen Tariflohn gemäß den allgemeinerbindlich erklärten Tarifen zahlen und ihren sonstigen Staatsbürgerpflichten (Steuern zahlen usw.) nachkommen.

Des weitern bitten wir Sie, daß große Aufträge möglichst nicht nur an eine Firma vergeben werden. Heute ist es leider noch üblich, daß große Firmen Aufträge (gemeldet wurden uns Fliesenlegerarbeiten von etwa 20 000 qm Umfang) erhalten. Diese Firmen bedienen sich meistens zur Ausführung der Arbeiten kleinerer Handwerksmeister, die dann ganz gemein gebräut werden. Abgesehen davon, daß dieselben nicht nur den Tariflohn nicht bezahlen können, erleiden sie auch selbst noch in jeder wirtschaftlichen Beziehung Schaden.

Wir hoffen, daß Sie unserer Wünsche und Erluchen stattgeben. Durch unser Zusammenarbeiten mit den Arbeitgeberverbänden sowie Zwangs-Innungen ist uns die Möglichkeit gegeben, die wahre Volksgemeinschaft auch zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreisen vorwärtszubringen.

Bauernkumgebung auf dem Bücheberg. Auf dem Bücheberg bei Hameln fand eine große Erntedank-Kumgebung statt, an der über 500 000 Bauern und Städter teilnahmen. Im Mittelpunkt des Festes stand die Rede des Reichskanzlers Adolf Hitler. Der Kanzler wies in seiner Rede darauf hin, daß sich die nationalsozialistische Revolution bewußt zu dem Bauern als dem höchsten Träger der Gegenwart und dem einzigen Garant für die Zukunft bekennt.

Zur Geschichte der Bruderschafts-gesänge

Kulturhistorische Studie von Arno Kapp, Leipzig. (Manuskript ist nicht gefastet.)

Man hat über die niederen Schichten des deutschen Volkes nicht mit der Sorgfalt und mit dem Interesse wie über die meisten anderen Buch und Konto geführt; die Zeitungen, Chroniken und Geschichtsschreiber stiegen in ihren Berichten meist nur bis zum Meister herunter und brechen da ab, wo man bei ihnen ein näheres Eingehen auf die Gesellen der Handwerksmeister, die Gesellen, sucht. Es fehlt daher in der Literatur für jene Zeit an spezieller Statistik, welche freilich bis zum Jahre 1848 nie reichlich geflossen ist... Spezielle Werke über die Geschichte des deutschen Gesellenwesens, welche entweder die ganze vorzeitige zugängliche Zeit oder auch nur einen engeren Zeitabschnitt behandeln, existieren in der deutschen Literatur noch nicht.

Diese Worte der „Allgemeinen Deutschen Erziehung“ aus dem Jahre 1856 haben noch heute volle Gültigkeit. Während unsere heutigen Geschichtsschreiber dem Meister sehr ausführliche Studien und Schilderungen widmen, geht der Geselle und die ganze niedere Arbeiterklasse heute noch leer aus. Das mag seinen Grund darin haben, daß das Material über die Bruderschaften in den Stadtratsbüchern so umfangreich ist, daß es im Rahmen einer bildlichen Doktorarbeit nicht zu bewältigen ist, sondern es bedarf für jede einzelne deutsche Stadt, die damals im Mittelpunkt eines Wirtschaftsgebietes lag, wie Leipzig, Köln, Frankfurt, Breslau, Berlin usw. eines jahrelangen Quellenstudiums, ehe hier Klarheit geschaffen ist.

Ebenso wie die Meister beanspruchte auch der deutsche Handwerksgelelle von jeher für sich das Recht, sich zu organisieren. Die Bruderschaften kannten keine Unorganisiert. Gerade in dieser hundertprozentigen Organisationszugehörigkeit gipfelte nicht nur das Innungswesen, sondern auch die Blütezeit des deutschen Gesellenwesens und damit des deutschen Handwerks überhaupt.

In Mittelpunkt dieser starken Bruderschaftsbewegung stand die Gesellenherberge. Jedes Handwerk hatte seine eigene Herberge. Hier kehrte der Zugewanderte ein. Hier empfing er den Handwerksrat durch den Altgesellen, der ihn umfänglich willkommen heißen vor geschlossener Kabe, in welche jeder in Arbeit stehende Geselle unwiderruflich den Bruderschaftsmitgliedern einzuweisen hatte. Unorganisierte hat es eben nicht gegeben. Daher waren die Bruderschaftskassen stets gefüllt.

Hier auf der Gesellenherberge traf man sich nach beendigtem Tagewerk, vor allem aber Sonntags und zu den Bruderschaftsveranlassungen, dem Aufgehen. Diese fanden ursprünglich an Sonntagen, später aber, im 17. Jahrhundert, meist an Montagmittagen statt.

War der Bruderschaftsbeitrag zur Kabe entrichtet, und hatte der Altgeselle die Umfrage gehalten, dann trank er auf das Wohl der Bruderschaft aus dem Gesellenkumpen, den der Herbergsparter gefüllt hatte. Die Gesellen aber klammten das Lied an:

„Freud auf, gut Geßl, laß rummer gan!
Tummel dich, qu's Meinlein!
Das Glästein soll nicht stiller stahn...“

(Aus dem Jahre 1570.)

Oft tat es auch das Lied von Leo Hasler:
„Freud auf, laß uns ein qu's Glas mit Wein
Einander bringen und fröhlich singen.
Gut Geßl, den (Trunk) will ich dir gar ausbringen.
Al Freud soll sein beim kühnen Wein. Ad, wie eine
Wenn Mangel ist am Wein!“ (groß Pein,

Don Johann Hermann Schein, dem Leipziger Thomaskantor, sind eine stattliche Reihe von Gesellenliedern vertont worden. Sie erklangen in den Herbergen der Handwerker.

„Holla, du gut Geßl, ich will dir sagen:
Ein schmecker Gaus hebt sich an: Rundobinella!
Dies Glästein, wie mir's ist gemacht, setz bei auf
einen Trunk gebracht.“

Rüttel, schüttel, trink hinein das Bierlein,
Leere das Glästein, rundobinella!
Leipzig hat jahrhundertlang im deutschen Gesellenleben eine bevorzugte Rolle gespielt, gehörte es doch infolge seiner Meßen zu den sogenannten Examinierstädten des Deutschen Reiches, in denen der Handwerksgelelle, welcher auf einer im Handwerk bedacht war, zumindestens einmal auf seiner Wanderzeit gemessen sein mußte.

Die ums Jahr 1500 entstandenen vierstimmigen Gesänge von Jaak Hofheimer, Madinger u. a. fanden auch ihren Weg nach Leipzig. Das damals beliebte „Junsbrück, ich muß dich lassen“ wurde zu einem „Leipzig, ich muß dich lassen!“ Dieses Lied wird noch 1570 in der Messestadt allgemein gesungen, meist von den auf Wanderfahrt ziehenden Handwerksgelellen.

Es ist eine zumindestens unbewiesene Behauptung unferer Musikhistoriker, daß die Pflege des vierstimmigen Gesangs lediglich den damaligen studierenden Kreisen zugehrieben werden müsse. Auch das Bürgertum, geknüpft in den vorzüglichsten Kantoreien, und vor allem die Gesellen- und Bruderschaftsbewegungen hatten Anteil an musikalischen Leben ihrer Zeit. Es mag dabei nicht unerwähnt bleiben, daß ja auch der Handwerksgelelle in damaliger Zeit vielfach das Recht hatte, seine handwerkliche Ausbildung an der Universität zu vervollständigen.

So verlangte z. B. die Innungsordnung der Leipziger Bader und Barbier, daß nur in dem Gesellen von Kate eine Barbier- oder Badegerichtigkeit erteilt werden durfte, der fünf Semester Medizin studiert hatte. Nur wer sein Examen mindestens mit der Senjur II bestanden hatte, durfte innerhalb der Stadt eine Bade- oder Barbierkude eröffnen.

In dieser Verbindung von Universität und Handwerk liegt begründet, daß das damals gefasste klassische Lied und künftigen Kantoreien und bei studentischen Festen erklang, sondern auch auf der Gesellenherbergen und zu den Gesellenfesten, die, wie ich mehrfach erwähnen will, für Leipzig nachweisen konnte, auf der Diele des Rathhauses stattfanden. Auch im Anschluß an das bestandene Meisterstück wurde wacker gesungen. Als z. B. der Seltzergelelle Lukas Gabriel im Jahre 1652 zu Leipzig sein Meisterstück machte, gab er dem Handwerk ein Essen im Hause des Seltzermeisters Jakob Straßner auf der Hallischen Gasse, in welchem die Seltzerherberge war. In einer Urkunde heißt es, daß man hier auch wacker musiziert habe. „Und wann der kerm am allergrößten gemessen, so hetten die Meister die Spielleute heißen auffstreichn, auch wäres von aliers her bräulich, daß man Spielleute im Handwerk hette, wenn ein Geselle zum Meister gesehen werde.“

Ein ums Jahr 1625 entstandenes Gemälde führt uns nach Leipzig in den bekannten Ruerbachs Keller. Es zeigt Faust mit singenden Siedern und Musikanten. Dekreten sind Alt, Baß und Tenor. Auf „Sinn und Figlin“ werden die beiden Cantusliedern ausgeführt, der Generalbaß aber auf dem „Clavichord und der Laute“ gehalten. — Heute wissen wir, daß unsere Dorfakten meist ausgezeichnete Sänger waren. Gesang war eben damals das Privileg aller Stände. Man sang auf Straßen und Plätzen, in den Gaststuben und in den Handwerkerherbergen. War das Tagewerk beendet, dann erklang überall Lied und Lautenspiel. Es gab auch in dieser Zeit bereits mangelnde „Hofsänger“, welche ihre Ausbildung durch fahrende Scholaren erhalten hatten, ja oft waren diese Hofänger ausschließlich Studenten. Gegen sie verordnete der Leipziger Rat im Jahre 1625:

„Die scholare vagantes, welche in der Stadt singen und betteln wollen, sollen exanimiert und, was ihrer ingenia und in musis wohl exerciert, auf die Schule genommen, im Gegentheil aber mit einem viatico dimittiert werden.“

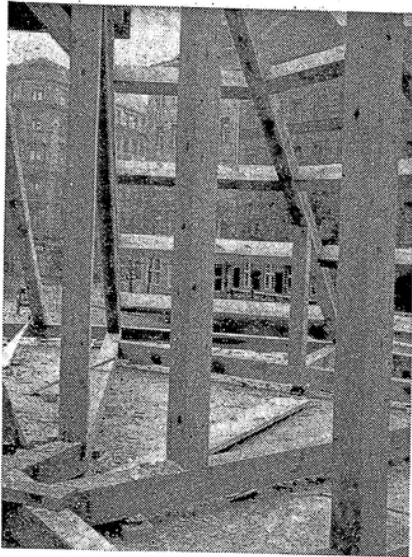
Das bedeutete, daß gute Gesangskräfte unter den fahrenden Scholaren zu ihrer weiteren gelungenden Ausbildung der Thomas- oder Nikolaikirche zugewiesen werden sollten. (Sollt folgt.)

1) Von Erich und Otobur.

2) Leipz. Monatsblatt LXIV/38/

Von unserer Arbeit

Das ist Zimmermannsarbeit . . .

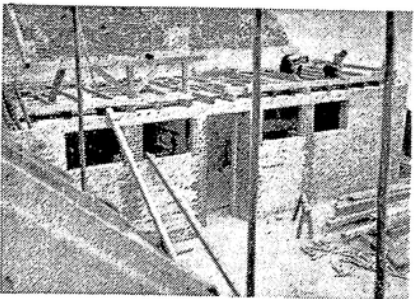


Eckkonstruktion.

Kachelöfen mit Gasheizung

Jede Heizmethode und jedes Heizmittel besitzt Vorzüge und Nachteile; ideale Heizungen, die alle Vorzüge in sich vereinen, gibt es nicht. Man hat sich vielfach mit Erfolg bemüht, durch Kombination verschiedener Heizmethoden dem Heizkörper eine größere Reihe von Vorzügen zu verleihen und gleichzeitig gewisse Mängel des einen oder anderen Systems auszuschalten. So steht es auch mit der Verbindung der Gasheizung mit dem Kachelofen. Man unterscheidet hauptsächlich zwei Bauarten solcher Kachelöfen mit Gasheizung; entweder wird durch Gasfeuerung während der ganzen Heizperiode der Wärmebedarf allein gedeckt oder die Gasfeuerung wird nur als Zusatzheizung zur Kohlenfeuerung verwendet. Im letzteren Falle ist die Gasfeuerung nur in der Uebergangszeit Wärmespender. Hierbei finden gewisse Vorzüge der Gasheizung Berücksichtigung: bequeme Bedienung des Ofens; Anzünden und Löschen des Feuers werden in einfacher Weise bewirkt. Die Arbeit ist reinlich, da weder Asche noch Ruß und Rauch entstehen. An Bedienungskosten wird gespart, da die Herbeischaffung des Brennmaterials fortfällt. Die Gasheizung bietet auch die Möglichkeit, ein schwaches Feuer zu unterhalten, so daß der Aufwand an Brennstoff in einfacher Weise dem Wärmebedarf angepaßt werden kann.

In diesen Kachelöfen findet die Gasfeuerung als Zusatzheizung Verwendung. In der Uebergangszeit, also im Herbst oder im Vorfrühling, wo es nicht angebracht erscheint, eine größere Portion Kohlen oder Briketts in den



Richten eines Dremfels.

Ofen zu stecken, ist es sehr angenehm, für kurze Zeit, z. B. für die Dauer einer bestimmten Beschäftigung, das Gas im Ofen anzuzünden, und es wieder zu verlöschen, sobald die Arbeit erledigt ist. Kohlenfeuerung kann nicht demselben Zwecke dienen; sie sorgt für langsame, dann aber auch anhaltende Erwärmung.

Eine Dörfener Aktiengesellschaft bringt schon seit etwa zehn Jahren einen Gasofen in den Handel, der in jedem Kachelofen eingebaut werden kann. Der Gasofen erhält einen besonderen Abzug, so daß sich der für Kohle bestimmte Teil des Ofens nach wie vor für die Verwendung aller gebräuchlichen Brennstoffe eignet. Die durch Benflammen zum Glühen gebrachten Magnesiaströhren des Einfaches strahlen sofort nach dem Anzünden einen Teil ihrer Hitze in den Raum und erwärmen ihn außerordentlich schnell. Die zum Schornstein abziehenden Gase geben den größten Teil der noch verbleibenden Wärme an die Kacheln

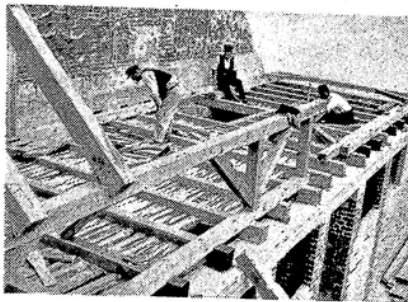
bei der uns das Herz lacht. Arbeiten sind das, die das Können eines jeden von uns unter Beweis stellen, kurz, es ist Handwerksarbeit!

Nachdem auch in den Architektenkreisen das jüdische Element zurückgedrängt worden ist, wird unter der neuen nationalsozialistischen Führung recht bald das orientalische Flachdach ganz verdrängt sein, damit endlich das alte, deutsche charakteristische Steildach mit seinen vielfältigen Konstruktionsarten wieder zur Ehren kommt. Wir Zimmerer sind bereit und warten seit Jahren darauf; an uns soll es nicht liegen, im Kampf gegen die uns weissenfremde Bauweise des Flachdaches an führender Stelle zu stehen. Schon sieht man hier und da wieder die weithin leuchtenden neuen Giebelkonstruktionen, mit ihrem Bau dabei beschäftigt das muntere und lustige Volk der Zimmerer, Maurer und Zimmerer arbeiten wieder getrennt durch die Verschiedenheit der Arbeit an den Bauten, nunmehr geeint aber durch ihren neuen Verband. Wenn endlich dann oben auf dem Gerüst des Steildaches zum Hebeheiß die bunte Krone befestigt wird, dann sind sie wieder alle zufrieden, die an diesem Bau gewirkt und gewirkt haben.

Es wäre wünschenswert, wenn auch von behördlicher Seite Mittel und Wege gefunden würden, die Flachbauweise zurückdrängen und zu verbieten. Die denkt darüber die stets geschäftige Baupolizei? Nur so ist es möglich, die Reinheit und Güte des alten Zimmererhandwerks wieder herzustellen und die Zimmererkunst wieder zu dem Handwerk zu machen, das sie einstmals war. Unvergängliche Zeugen von der handwerklichen Arbeit unserer Väter sind die monumentalen Bauten in den Städten, die Dome und Münster, die ehrwürdigen Rathäuser und nicht zuletzt das alte „Bürgerhaus“, das in allen deutschen Städten zu finden ist. Kündet einer Zeit, da das deutsche Handwerk in voller Blüte stand und im ganzen Volk so geehrt wurde, wie es ihm zukam. Linde Bilder zeigen den Bau der neuen Wache unseres Dreißigjährigen Ministerpräsidenten Göring und beweisen, daß man den Forderungen unserer Zeit weitestgehend entgegengekommen ist.

ad, wodurch die entwickelte Wärme auf das vollkommenste ausgenutzt wird. Der Einlaß eignet sich zur schnellen Erwärmung vorübergehend benutzter Räume, wie auch zur Dauerheizung. Auch zur Zuführung kann bei diesen Öfen der Kachelaufbau vorzuziehend herangezogen und hierdurch die Heizleistung verbessert werden.

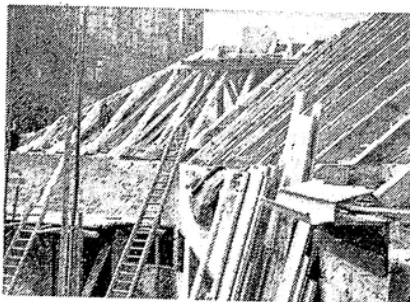
Als Gasheizöfen werden sogenannte Strahlungsöfen mit Magnesiaflüßkörpern oder mit Kupferreflektoren verwendet und meistens mit einer Zuführung verbunden. Die Reflektoren werden so angebracht, daß sie die Wärmestrahlen in die unteren Luftschichten des Raumes lenken, wodurch diese leichter erwärmt werden. Die Reflektoren



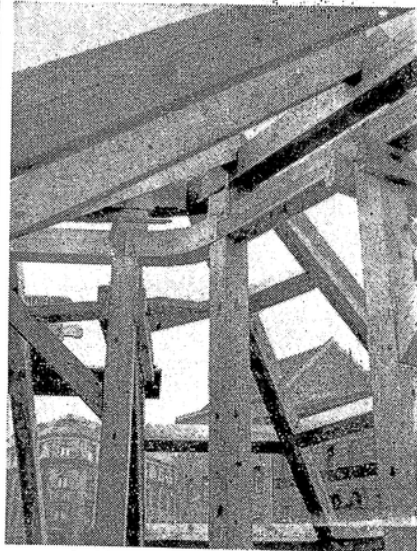
Zurichten und Aufstellen eines Dremfels. Balkonlage mit Stakung.

werden aber auch häufig wegen der freundlichen Wirkung der hellstrahlenden Kupferplatte verlangt. Die Gasöfen ohne Reflektor wirken durch die Wärmestrahlung der erhitzten Ofenwänden wie durch die Wärmeabgabe an die Raumluft, welche durch besondere Kanäle geführt wird.

Im Korrespondenzblatt der heiztechnischen Zentrale für das Ofenheizergewerbe (Nr. 4/1933) beschreibt Seiberl, München, neuzeitliche Kachelöfen für Gasheizung. Ein einfacher Gaskamin, der bei einer Breite von 88 cm nur sehr wenig in den Raum vorspringt, enthält einen Strahlungsöfen mit Magnesiaflüßkörpern, der mit der Gas-



Blick in die Kohle und auf den Walm. Rechts im Vordergrund: Ausbildung des Gesimses.



Ausbildung eines Firstknotenpunktes.

zuführung fest verbunden ist und an der Vorderseite des Ofens ein- und ausgeschaltet wird. Mit der Schalldämmung ist zwangsläufig eine Klappe verbunden, welche die Zuführung zum Kamin öffnet oder schließt und so das Eindringen von Faltschluff in den Kamin verhindert. Der Eintritt der zu erwärmenden Luft erfolgt an der Vorderseite des Kamins unter dem Gaseinlaß; der Austritt der Luft ist seitlich angeordnet. Die Trennung zwischen der Luft- und der Abgaszuführung wird durch eine eingebaute Blechwand geschaffen. Mit dieser ist das Abzugsrohr für die Verbrennungsgase fest verbunden.

Bei einer ferner dargestellten Konstruktion handelt es sich um einen gewöhnlichen Wohnkaminofen in Verbindung mit Gasheizung. Der innere Ausbau gleicht im wesentlichen dem des beschriebenen Kamins. Die Zuführung ist aber so angeordnet, daß sie beim Betrieb jeder Feuerung wirksam wird, also bei der Gas- wie auch bei der Kohlenfeuerung, so daß keinerlei Heizfläche ungenutzt bleibt. „Für die Bemessung der Heizleistung ist der Kachelofen so zu gestalten, daß er während der kalten Jahreszeit den Wärmebedarf reichlich bemessen sein oder sie wird gleich so vergrößert, daß sie auch bei einer zeitweiligen Erwärmung des Raumes während der kalten Jahreszeit ausreichend ist.“

Natürlich verlangt der Einbau von zwei Feuerstellen in einen Ofen eine zweckentsprechende Größe des Ofens. Darum ist es noch lange nicht erforderlich, wahre Kolosse in die Zimmerdecke zu stellen, wie dies früher in der Regel



Dachkonstruktion: einfaches Sprengwerk.

zu geschehen pflegte. Kamine von nicht sehr bedeutenden Abmessungen genügen vollkommen. Der Rauchabzug wird getrennt durchgeführt; d. h. jede Feuerstelle ist an ein besonderes Rauchrohr angeschlossen. Es können aber auch die Abgase des Gasofens in das Rauchrohr der Kohlenheizung geleitet werden, wenn der Gaseinlaß eine entsprechende KlappenVorrichtung besitzt und die ortspolizeilichen Vorschriften dies zulassen.

Das Anwendungsgebiet der beschriebenen Ofen ist sehr groß; sie sind sehr ausbaufähig und können, mit geringfügiger Abänderung der Konstruktion, für sehr große Heizleistungen verwendet werden. So werden auch Büros, Wartezimmer, Sälen, Gaststätten usw. mit dergleichen Ofen ausgestattet. Natürlich muß man sich in jedem Einzelfalle den besonderen Verhältnissen anpassen und die Größe und Lage des Raumes mit Sorgfalt berücksichtigen.

Ernstlich Huth, Regensburg.

Verbandsbezirk Bayern

Schulungskursus im Verbandsbezirk Bayern in München
Sofolge Anordnung der Verbandsleitung Berlin findet am 16. und 17. Oktober 1933 in München, im Hause der Deutschen Arbeitsfront, Pestalozzistr. 40/42, ein Schulungskursus statt für die Verbandskreise von Bayern und Württemberg.

- Die Tagesordnung lautet:
- 16. Oktober:
 - 9.30: Eröffnung.
 - 9.35: Vortrag: „Die nächsten Aufgaben unserer Organisation.“
Redner: Verbandsleiter Pg. Kurt Ullmann.
 - 10.20: Vortrag: „Unser Finanzwesen.“
Redner: Verbandsfinanzwart Pg. Walde.
 - 11.00: Aussprache.
 - 13.00: Mittagspause.
 - 14.30: Vortrag: „Rechtsfragen.“
Redner: Leiter der Rechtsabteilung Pg. Schmidt.
 - 15.15: Aussprache.
 - 20.50: Große Kundgebung des „Deutschen Arbeiterverbandes des Baugewerbes.“
Redner: Pg. Ullmann, Verbandsfachschaftsleiter Pg. Pfeifer.

- 17. Oktober:
 - 9.30: Eröffnung.
 - 9.35: Vortrag: „Fachschaften und Sparten.“
Redner: Verbandsfachschaftsleiter und Spartenobmann Pg. Pfeifer.
 - 10.30: Aussprache.
 - 11.30: Klärung stehender Fragen durch Mitglieder der erweiterten Verbandsleitung.
 - 15.00: Mittagspause.
 - 14.50: Vortrag: „Presse und Propaganda.“
Redner: Verbandspresswart Pg. Schreyer.
 - 15.30: Schlussanrede.
Redner: Verbandsleiter Pg. Ullmann.

Bei der Diesseitigkeit der Tagesordnung ist bestimmt zu erwarten, daß sie für den weiteren Ausbau der Organisation und für eine gründliche Unterweisung der Amtswalter wesentlich beiträgt.

Karl, Verbandsbezirksleiter.

Kanalbau mit 140 000 Menschenopfern!

Unmenschlichkeiten der Sowjets.
Die ganze Sowjetrussische Presse und das Radio feiert in überchwänglicher Weise die Vollendung des Weißen-Meer-Kanals, der von Leningrad über die großen Seen an der finnischen Grenze zum Weißen Meer führt und dem russischen Handel neue Wege eröffnen soll. In ein und demselben halben Jahre wurde der Kanal gebaut. Bedenkt man, daß er eine Länge von zweihundertsechszwanzig Kilometern hat und vergleicht man damit den Bau des Panama-Kanals, der nur achtundachtzig Kilometer lang ist und in neun Jahren gebaut wurde, so erscheint die Bauzeit von nur ein und einem halben Jahre in der Tat als eine Senfation. Aber es ist eine mit Blut und Tränen und dem Leben Zehntausender von Menschen erkauften Senfation. Zum Bau dieses Kanals wurden nur Kulaken verwendet, die wobei man vorwiegend solche Bauern auswählte, die in der vorbolschewistischen Zeit große Ländereien besaßen haben. Einhundertfünfzigtausend Bauern wurden bei Beginn des Kanalbaues aus den großen Lagern herbeigeholt. Sie mußten am Tag zwölf bis vierzehn Stunden arbeiten,

mußten ihren Körper bis zum Muskelkrampf, bis zur Empfindungs- und Bestimmungslosigkeit strapazieren. Während der Arbeit fanden Arbeiter mit Kruten hinter ihnen, die bei jedem Umdrehen sofort unmeniglich auf die Bodenrücken einfielen. Als Entlohnung erhielten die Kulaken nicht eine Kopeke, sondern nur ein nicht zureichendes Essen, das aus pfechunden Gramm Brot und einer schlechten Suppe pro Tag bestand. Sie wurden schlimmer behandelt als Galeerenhäftlinge. Man muß sich dazu vergegenwärtigen, daß die Kulaken in einer Kälte von manchmal 40 Grad in nicht ausreichender Kleidung verharren mußten. Viele von ihnen kamen bei den Sprengungen ums Leben. Andere gingen in den unwegsamen Gegenden an Seuchen zugrunde, aber man machte kein Aufheben davon, sondern scharrte sie wie räudige Hunde ein. Der Rest aber starb an Schwäche und Entkräftung. Von den hundertfünfzigtausend Mann leben heute keine zehntausend mehr!

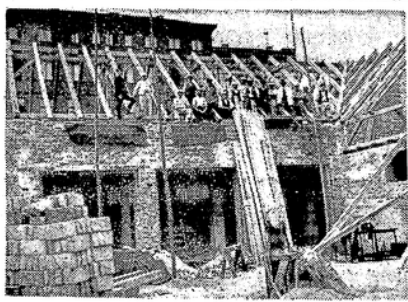
Und wenn das große Werk jetzt überall von den russischen Bonzen gefeiert und als Kulturakt emporgehoben wird, dann reden sich hundertvierzigtausend starre Hände aus den Gräbern und hunderttausend Stimmen rufen in den Friedentäumel hinein:
„Wir klagen an!“

Aus der Sozialgesetzgebung

Vom Meldewesen bei der Krankenkasse

Die Meldebefimmungen der Krankenkassen sind in den §§ 317 bis 319 der Reichsversicherungsordnung niedergelegt. Danach haben die Unternehmer jeden versicherungspflichtigen Beschäftigten binnen drei Tagen nach Beginn der Beschäftigung anzumelden und binnen drei Tagen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses abzumelden, sofern die Meldung der zuständigen Krankenkasse keine anderen Meldebefimmungen bestimmt. Die kürzere Zeit als eine Woche unterbrochen wird und die Beiträge weitergezahlt werden. In der Abmeldung sind die Personaldaten des Arbeiters, die Art seiner Beschäftigung und die Lohnhöhe genau anzugeben.

Eine Abmeldung von der Ortskrankenkasse ist nicht notwendig, wenn ein Unternehmer mit seinem Betriebe einer



Die Verbands-Fachschaftsleiter Pg. Wehmeler und Pg. Nickel besuchen die Zimmerer und Maurer auf dem Bau des Wachhauses der Minister-Göring-Leibwache.

Annunskrankenkasse beitrifft, denn der Arbeiter tritt zur Annunskrankenkasse verändert nicht das Beschäftigungsverhältnis als Grundlage der Versicherungspflicht.

Diese Beschäftigten haben mehrere Beschäftigungen; es sei beispielsweise an Frauen gedacht, die eine Aufwartung haben und daneben noch Zeitungen austragen. In solchen Fällen sind alle Unternehmer verpflichtet, die Beschäftigten bei der Krankenkasse anzumelden, sie hatten als Gesamtschuldner. Nicht selten kommt es vor, daß Beschäftigte mehrere Berufe ausüben und damit in das Bereich mehrerer Krankenkassen fallen. Zunächst ist jeder Unternehmer verpflichtet, die Meldung bei der Krankenkasse vorzunehmen, später wird darüber entschieden, welche von diesen Krankenkassen zuständig ist.

Ein Kapitel, das zu wenig beachtet wird, sind die Ummeldungen. Diese müssen vorgenommen werden, wenn in der Höhe des Lohnes eine Änderung eintritt. Ist dies nicht gemeldet worden und erhält infolgedessen der Arbeiter im gegebenen Falle von der Krankenkasse eine geringere Leistung, als sie ihm nach seinem Verdienst zusteht, so kann der Unternehmer in Anspruch genommen werden. Besonders Augenmerk ist auf die Ummeldung der Höchstentlohnungsgrenze von 300 M monatlich oder 3600 M jährlich zu richten.

Die Krankenkassen haben, um sich vor Schäden aus Fallmeldungen zu bewahren, die Möglichkeit, jederzeit Betriebskontrollen vorzunehmen. Es kann sich hier um die Feststellung von falschen Angaben der Ein- oder Austrittsgebühren handeln oder um Löhne, die zu hoch oder zu niedrig gemeldet werden. Ist die Buchführung der Firma nicht in Ordnung, so müssen auch die Beschäftigten die nötigen Angaben machen.

Aus Verbandskreisen

Verbandskreis Deutsch-Krone. Der Verbandskreis Deutsch-Krone hielt in seinen Diensträumen eine Tagung seiner Amtswalter ab. Verbands-Kreisleiter Pg. Schwanke betonte in der Begrüßung die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und erläuterte den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront nach der Übernahmung der alten Gewerkschaften. Er gab Richtlinien für die Zukunftsarbeit und verpflichtete die Amtswalter zu unbedingter Mitarbeit zum Wohle des Staates.

Verbandskreis Frankfurt/O. Der Verbandskreis Frankfurt/O. hielt in letzter Zeit fünf Versammlungen für die einzelnen Bauarbeitergruppen ab, an denen insgesamt etwa 800 Arbeitskollegen und 40 Unternehmer teilnahmen.

Verbandskreis Kehl/Rh. Der Verbandskreis Kehl/Rh. hielt vom 23. September bis 2. Oktober in folgenden Orten Versammlungen ab: Ling, Zegelhurst, Badersweiler, Korh, Sand. Alle Versammlungen waren gut besucht.

Verbandskreis Eichenwalde. Die Fachschaftsleiter des Verbandskreises Eichenwalde waren zu einer Tagung zusammengekommen worden, um durch den Verbands-Kreisleiter Pg. Seifert zu ihrem neuen Amt verpflichtet zu werden. Die allgemeinen Richtlinien der Verbandsleitung wurden bekanntgegeben.

Verbandskreis Schleswig. Der Verbandskreis veranfaltete eine öffentliche Versammlung, die zahlreich von Mitgliedern und Bauunternehmern, Zimmer- und Malermeistern besucht war. Es sprach der stellvertretende Verbandsbezirksleiter, Pg. Dickhans, Hamburg, über die Arbeiterfrage. Er betonte insbesondere das Thema „Politik und Gewerkschaften“. Verbands-Kreisleiter Janz forderte zum Eintritt in die Deutsche Arbeitsfront auf. Die Versammlung wurde mit einem dreifachen Sieg heil auf den Volkskanzler Adolf Hitler geschlossen.

Der Bauarbeiter in der berufständischen Organisation in Italien

(Nachdruck verboten.)

Die gegenwärtigen gewaltigen Umwälzungen der deutschen Wirtschaft haben in der Geschichte einen einzigen Vorgänger, die Durchführung einer alle Gebiete der Wirtschaft erfassenden berufständischen Organisation in Italien im Rahmen und als Folge der faschistischen Revolution. Die gesamte italienische Wirtschaft hat unter Führung des Faschismus, vor allem mit Hilfe der grundlegenden organisatorischen Anordnungen einen solchen Aufschwung genommen, eine solche Förderung erfahren, daß es sich lohnt, Ursachen und Wirkungen dieses Aufschwunges einer näheren Betrachtung zu unterziehen. Denn auch die Arbeitnehmerfrage hat als wichtiges, nunmehr vollberechtigtes Glied der Volkswirtschaft aus dieser Umgestaltung einen tiefgreifenden Nutzen gezogen, sowohl in ideeller als auch in materieller Beziehung. Ist an sich eine solche Betrachtung schon aus allgemeinen Erwägungen außerordentlich aufschlußreich, das ideale Ziel, Gemeinnutz geht vor Eigennutz, kommt auch klar zum Ausdruck im 7. Teil der Carta del Lavoro, die grundlegend war für den äußeren und inneren Aufbau der berufständischen Organisation der Wirtschaft und einseitig den geistigen Inhalt dieser Organisationsformen bestimmt — so ergeben sich andererseits auf Grund der zwangsläufig auftretenden Analogien sehr wertvolle Anregungen. Es wäre eine bedauerliche Derachlässigung, wollte man die anderweitig im Laufe langer Jahre unter schwierigen Verhältnissen gelammelten Erfahrungen übergehen, wenigstens man sich natürlich bewußt sein muß, daß eine einfache Übernahme italienischer Organisationsformen auf deutsche Verhältnisse schon wegen der einmal bestehenden weitgehenden Deckungslosigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht in Frage kommen kann. In diesen haben sich alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen des Faschismus, namentlich was die Eingliederung der Arbeitnehmerfrage in den berufständischen Aufbau der Wirtschaft anbelangt, grundtätig in der gleichen Richtung bewegt wie der sich zur Zeit vollziehende Neuaufbau der deutschen Wirtschaftsverfassung, namentlich der deutschen Arbeitsfront, so daß den folgenden Ausführungen in jeder Hinsicht grundsätzliche Bedeutung zukommt.

Die neuartige Eingliederung der Arbeitnehmerfrage Italiens in die berufständische Vertretung der italienischen Gesamtwirtschaft wurde nach mehrjährigem Experimentieren endlich vollzogen in der Carta del Lavoro vom 23. April 1927. Der Kampf des Faschismus hatte sich nach erfolgreicher Revolution schwieriger gestaltet als dies in

Deutschland der Fall ist, obgleich es den faschistischen Führern gewiß ebensowenig an Tatkraft fehlte als unseren nationalsozialistischen Dorkämpfern und Führern. Es wurden zuerst faschistische Gewerkschaften gegründet mit dem ausschließlichen Ziel einer Propagierung faschistischer Ideen in den Kreisen der Arbeitnehmer. Diese faschistischen Gewerkschaften — die Bezeichnung selbst ist, wenn man deutliche Verhältnisse zum Vergleich heranzieht, irreführend, vielmehr sind diese Organisationen mit der nationalsozialistischen USBO. zu vergleichen — haben einen sehr schnellen Aufschwung genommen. Durch Geleß vom Februar 1924 erhielten diese Organisationen, die in der Zwischenzeit zu tatsächlichen Gewerkschaften ausgebaut wurden, eine Monopolstellung. Sämtliche Arbeitnehmerverbände wurden der staatlichen Aufsicht unterstellt. Andere als faschistische Gewerkschaften wurden juristisch nicht mehr anerkannt, womit ihr Ende besiegelt war. So sah sich der starke katholische Verband „Azione Cattolica“ genötigt, seinen Mitgliedern den Beitritt zu den faschistischen Gewerkschaften zu empfehlen, da sie sonst keine rechtliche Vertretung besaßen hätten. Nach langem Widerstand erklärte sich dann auch 1926 der Dapf bereit, zu erklären, daß die Grundzüge der faschistischen Gewerkschaften katholischen Auffassungen nicht widersprechen würden. 1927 wurde der Anschluß der katholischen Gewerkschaften an die faschistischen zellos vollzogen. Damit war jene Einheit hergestellt, wie sie seit Kurzem in Deutschland besteht. Zwar ist nach der Carta del Lavoro die Organisation in Berufsgruppen oder in Gewerkschaften jedem freigestellt, aber nur die gesetzlich anerkannten Gewerkschaften, die der Aufsicht des Staates unterliegen, haben das Recht, die ganzen Berufsgruppen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, aus denen sie bestehen, rechtlich zu vertreten und ihre Interessen gegenüber dem Staat oder anderen Berufsgruppen wahrzunehmen und Funktionen öffentlichen Interesses auszuüben. Mit dieser Bestimmung ist praktisch eine jegliche gewerkschaftliche Betätigung außerhalb des Rahmens der faschistischen Gewerkschaften gegenstandslos.

Die Organisation der industriellen Arbeitnehmer vollzieht sich nach folgenden Grundzügen. Die Spitzenvertretung, die Confederazione Nazionale dei Sindacati Fascisti dell'Industria umfaßt sämtliche industriellen Arbeitnehmerverbände und hat ihren Sitz in Rom, Via Boncompagni. Diese Spitzenorganisation ist sowohl faschistisch als auch regional gegliedert. Sie unterhält zunächst in allen Provinzen eigene Unterorgane, die Federazioni Provinciali dei Sindacati dell'Industria. Zwar sind diese Organe ebenfalls öffentlich-rechtliche Körperschaften mit ziemlich weitgehenden Selbstverwaltungsbefugnissen, doch können sie nur im Rahmen

der von der Confederazione gegebenen Richtlinien tätig werden. Ihr Aufgabengebiet erstreckt sich auf allgemeine Probleme der Arbeiterbewegung, der Arbeitererziehung, der Stärkung der rechtlichen Stellung der Arbeitnehmer, ferner auf eine Mitwirkung an dem Abschluß von Tarif- und Arbeitsverträgen, wenigstens hier im allgemeinen die fachlichen Arbeitnehmervertretungen zuständig sind. Nach der fachlichen Seite gesehen gibt es ferner einen Reichsverband der Arbeitnehmer der Bauindustrie, die Federazione Nazionale Fascista dei Sindacati Costruttori Edili, Imprenditori Opere Pubbliche e Private ed Industriali Affini, der in den einzelnen Provinzen eigene rechtlich selbständige Vertretungen unterhält, und zwar die Federazioni Provinciali Sindacati Costruttori Edili Imprenditori Opere Pubbliche e Private ed Industriali Affini. Diese Provinzialverbände, nicht der Reichsverband, sind wiederum untergegliedert in eigene Sektionen der in der Bauindustrie beschäftigten Handarbeiter und Kopfarbeiter, also der technischen und kaufmännischen Angestellten. Diese Sektionen sind zur Regelung besonderer Angelegenheiten zuständig. Innerhalb des organisatorischen Aufbaues herrscht bei grundsätzlicher Beibehaltung des Selbstverwaltungsgebührens ein reines Autokratieverhältnis, das namentlich in der Belegung der leitenden Stellen zum Ausdruck kommt. Die übergeordneten Organisationen können ohne weiteres Aufgaben, die untergeordneten Organen zustehen, übernehmen. So kann z. B. die Federazione Nazionale der Bauarbeiter bei dem Abschluß von Tarifverträgen die provinziellen Delegierten oder auch die örtlichen Sanktivate, soweit solche vorhanden sind, ausfinden und auf jeder Organisationsstufe die Regelung der Aufgaben selbst übernehmen. Unter Berücksichtigung der vorliegenden Gestaltung der deutschen Arbeitsgruppen entspricht der Reichsverband, die Confederazione Nazionale dei Sindacati dell'Industria, der Arbeitsfront als solche, die Federazione Nazionale der Reichsarbeitergruppen, die Federazioni Provinciali dei Sindacati den Landesarbeitergruppen. Während in dem Aufbau der deutschen Arbeitsfront eine weitere Gliederung in bezirksliche Fachgruppen und einzelne Betriebsgruppen vorgezogen ist, existieren örtliche Arbeitnehmerverbände nur in geringem Umfang, je nach den Erfordernissen, die sich nach dem Standort der einzelnen Industrien ergeben. Hierbei muß allerdings berücksichtigt werden, daß in Italien besondere wirtschaftliche Verhältnisse vorliegen, die von deutschen grundsätzlichen Verhältnissen verschieden sind, insbesondere die Tatsache berückichtigt werden, daß neben wirtschaftlich hochentwickelten Gebieten doch auch wieder Landesteile von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung vorhanden sind.

(Schluß folgt.)

Unterhaltung und Wissen

Fremdgeschrieben

Ein neuer arbeitsreicher Werktag beginnt. Rüstig eilen die Menschen ihrer Arbeitsstätte zu, die einen mit der gefüllten Aktenmappe unter dem Arm, die anderen, das Frühstücksbrot in den Rocktaschen und den Kaffeekrug in der Hand.

Sie gehen nicht, wie man so geht, wenn man sorglos und gefestigt in den leuchtenden Lockenden Morgen hineinwandert, nein, sie eilen, eilen mit hastigen unruhigen Schritten, mit ernstem gepannten Willen, die den heißen Kampf um tägliche Brot in den verabschiedeten Variationen widerspiegeln, hasten und eilen, um dem anderen den Rang abzulaufen, um nicht zu spät zu kommen, und haben keine, aber auch gar keine Zeit.

Und doch! — Plötzlich stoßt unwillkürlich ihr Fuß — auf Sekunden zwar nur — aber sie halten überausst inne und schauen verwundert auf. Ihnen entgegen kommt ein selbstiger Trupp Menschen.

Kernige, sehnige Gestalten, denen die Gesundheit wie die leuchtende Morgen Sonne aus den blauen Augen strahlt, mit riesengroßen Hüften auf den Köpfen, im schwarzen Mantelkragen, die Mäste mit den sechs traditionellen großen Perlmutterknöpfen verziert und die Hüften nach unten zu glockenförmig auf Taille geschnitten, deren Enden bei jedem Schritt hin und her pendeln, wie der Perpendikel vom Muttern Schwarzwälderuhr.

Krafftprärende weitergebräunte Hüften mit Händchen, vor denen man schon Respekt bekommt, wenn man sie so ganz von weitem, aus unerreichbarer Ferne in aller Fremdhaftigkeit minken sieht. Und diese ebenso angst- und furchterregenden wie prächtigen Riesengestalten tragen, um dies noch wirkungsvoller zu unterstützen, ein kleines, niedliches goldenes Ohringel im linken Ohr.

Erst und gemessen, wie Drifter zu einer feierlichen Handlung, so schreiten sie durch den sonnenfrohen Frühlingmorgen, absichtlich auf allen sonstigen Luxus verzichtend, und doch ihrer Würde als ehrbare, rechtschaffene, fremdgelebene Zimmergejellen voll bewußt. Schenken nicht auf die staunenden Blicke, die sich an ihre Ferne heften und sind in keiner Weise darüber verwundert, daß man sich über sie wundert, bis ihre gleichmäßigen, wichtigen Schritte allmählich in der Ferne verhallen.

Dann aber hasten die überausst stehengebliebenen Menschen noch eiliger als vordem weiter, um die verlorengegangene Zeit wieder gut zu machen, die einen mit der gefüllten Aktenmappe unter dem Arm, die anderen, das Frühstücksbrot in den Rocktaschen und den Kaffeekrug in der Hand.

Die Zimmerleute aber gehen ihren gemessenen Schritt und machen erst Halt vor dem bereits in seinen äußeren Umfassen fertiggestellten Riefenbau, ihrem Bau, dem Bau der neuen Riefenorganisation der Bauarbeiter.

Ein unmutiger, trostloser, finsterner Schatten liegt auf ihren Gesichtern. Die neue Bauform ist ihnen fremd, die Baumasse ungewohnt. Mittraumlich schütteln sie den Kopf. Sie fürchten um ihre Jahrzehnte alte Tradition, an der sie entschlossen festhalten, unerschütterlich und fanatischer als sonst eine andere Handwerkergruppe. Sie fürchten um ihre Standeshere, um ihre vererbten Handwerkerrechte. Ihre und Recht sind ihnen nicht nur platonische Begriffe, sie sind Fleisch und Blut, sind unantastbar und heilig.

Und es ist auch etwas Unausprechliches, etwas Unfassbares um die Handwerkerethik, etwas Heroisches und Heiliges. Ehre wem Ehre gebührt! Sie zwingt einfach zur Anerkennung und zur Achtung, zur Achtung vor dem schaffenden Menschen der Sterne und der Faust.

Ehre und Achtung setzen Mut und Können voraus, die fundamentiert sind in der schöpferischen Kraft des einzelnen sowie auch in der gestaltenden Kraft der Gemeinschaft des Berufes und des Volkes. Sie erzeugt Macht. Und die Macht als die Schwelmer des Rechts und des Unrechts muß also nicht immer ein Endergebnis der Erziehung und der Reife sein, sie kann auch ebensogut eine Folgeroseinigung eines lebendigen, glühenden revolutionären Massenwillens sein, dem sich alles unterordnen muß, ganz gleich ob er will oder nicht, es reißt ihn einfach mit fort.

Wer aber nun die Macht hat, hat nicht nur das Recht, er hat auch die Pflicht. Er hat die Pflicht der Verantwortung, sich seinen Volksgenossen und der Geschichte gegenüber. Leicht ist der Stab geschossen über Dergangenes, über Gewesenes, über Gutes und Schlechtes; ist er aber gebrochen, dann läßt er sich nie wieder zusammenfügen. Darum ist alles sorgsam abgemessen, geprüft und beurteilt und wird auch dem Erfolg die Tür offen. Die Pflicht ist der Verantwortung schwerster Teil und hat nur den Sieg zu gewährleisten, wenn sich alle Teile unseres Baues organisch an- und ineinanderfügen. Darum gilt es treu zu sein in der Pflicht und gerecht zu sein in der Macht, dann werden sich die Ratten des Zweifels und des Unmutes nicht an unsere Pfeiler wagen.

Dem nahen Kirchturm schlingt die Stundenglocke. Drinnen auf dem Bauplatz schallt der der Arbeitszeit angehende Bauarbeiter mit einer eifernen Klammer an den als Gong hergerichteten Eisenträger. Das Tagwerk beginnt.

Und nun muß man sie einmal werken sehen, die trübsigen, weitergebräunten Atlasbrüder, die fähig sind die Welt auf ihren Schultern zu nehmen. Der finstere Schatten ist von ihren Gesichtern gemieden. Mit Stemmmeisen und Schlegel, mit Axt und Säge hantieren sie, als gälte es im neuen Tag den neuen Bau noch fertigzuführen. Unter den Hemdsärmeln die sehnigen Glieder strecken und dehnen sich. Mit leuchtenden Augen und geröteten Wangen tragen sie die zu gerichteten schweren Balken und Träger und streben auf schwindelerregendem Steg hin und wider, daß einem Angst werden könnte vor soviel aufgespeicherter Kraft. Aber gleichsam beruhigend blüht das kleine niedliche goldene Ohringel neckisch und verwegen in die wärmende Frühlingssonne.

Abends aber, wenn Axt und Schlegel beiseite gelegt sind, scheitern wieder die kernigen, sehnigen Gestalten mit den

riefenhaften Sambros im schwarzen Mantelkragenzug ernst und wichtig durch die allmählich stiller gewordenen Feuerabendstrahlen, ihrer Würde voll bewußt als ehrbare, rechtschaffene, aber nicht mehr fremdgelebene Zimmergejellen. Manches Mädchenauge schaut sehnsüchtig und heimlich Bewunderung göllend hindredern.

Rüstig eilen die vielen Menschen an ihnen vorbei, die einen mit der leeren Aktenmappe unter dem Arm, die anderen den inhaltslosen Kaffeekrug in der Hand, halten auf Sekunden inne und schauen diesen selbst ammutenden Menschen mit den panischen Hüften kopfschüttelnd nach. Ein solches starres Festhalten am Althergebrachten, ein solcher fanatischer Handwerkerbegriff kommt ihnen panisch vor. Dann aber hasten sie aufgeschreckt weiter, denn sie haben für derlei romantische Dinge leider kein Verständnis, kein Herz und keine, aber auch gar keine Zeit.

Helmut Wabe.

Blutende Grenze

Was an der Reichs-Ostgrenze auffällt.

Friedensverträge führen ihren Namen nur dann zu Recht, wenn sie vom Geist der Gerechtigkeit diktiert sind und wenn sie allen notwendigen wirtschaftlichen Erwägungen und Erfordernissen Rechnung tragen. Wenn sie aber, wie der Friedensvertrag von Versailles, in bedauerlichen Mäße kulturelle und wirtschaftliche Rücksichten vernachlässigen, bleiben sie eine ständige Quelle von Derargungen, die zwangsläufig das Verhältnis der Völker untereinander trüben müssen.

Im überreicher Fülle bieten sich dafür überzeugende Beispiele in der Provinz Posen - Westpreußen, die in einer Länge von 420 km sich mit Polen berührt. Man kann hier mit voller Berechtigung von einem Schmeltpiegel unfinstiger Grenzziehung sprechen. Denn wenn irgendwo, waren hier bei der Grenzziehung im Jahre 1919 nicht wirtschaftliche, bevölkerungspolitische oder geographische Grundzüge bestimmend, sondern es spielten lediglich strategische Rücksichten eine Rolle. Die Folgen dieser Sünde gegen den Geist des Friedens haben sich im Laufe der Jahre in immer schärferer Form gezeigt: an der gestamten Grenzlinie laftet eine entsetzliche Wirtschaftskrise auf der deutschen Bevölkerung diesseits und jenseits der Reichsgrenzen.

Durch die willkürliche Grenzziehung ist das „Herz des Reiches“, Berlin, militärisch aufs äußerste gefährdet; die Entfernung von der polnischen Grenze bei Bentschen bis zur Reichshauptstadt beträgt nämlich nur ganze 150 km, d. h. zwei D-Zug-Stunden. Durch die neue Grenzziehung sind im Bereich der Grenzmark, die die deutsch-polnischen Teile der alten preussischen Provinzen Posen und Westpreußen umfaßt, 15 Eisenbahnlinien, 29 Chaussees, 15 Landstraßen und 201 Wege durchschnitten und gesperrt worden. Dort, wo früher einmal friedlicher Personenverkehr z. B. die beiden Liegeufer verbunden hat, herrscht heute ein an den Krieg erinnernder Zustand: aufgerissene Schienen und Stacheldrahtverhau! Die im Bezirk Schneidemühl bei Ujch über die Liege führende Eisenbahnbrücke ist in der Mitte durch einen Drahtverhau abgetrennt und verarmelt. Auch bei Kujan im Brettezamm! Das Sprichwort: „hier ist die Welt mit Brettern vernagelt!“ bedeutet hier also traurige Wahrheit. Derartiges, von Unkraut überwucherte Eisenbahnbrücken, vernachlässigte Chaussees — das alles sind bedauernde Male dieser Reichsgrenze.

Durch diese Grenzziehung, die jeder wirtschaftlichen Erwägung entbehrt, ist vielen Ortschaften und Städten das „hinterland“ genommen worden. Aus dieser Ursache allein ergibt sich, daß ganze Kategorien von Berufsleuten untergang gewahrt sind, da die wirtschaftlich-produktive Wechselwirkung von städtischer und ländlicher Berufsarbeit aufgehört hat. Wenn man die Liegebrücke, deren Mitte die Grenze bildet, betritt, so kann man sich von dem Übergang der am Süufer gelegenen und jetzt polnisch gewordenen Ortschaften Czarnikau, Filchen und Ujch überzeugen, die einen geradezu ausgefallenen Eindruck machen und doch einst blühende deutsche Orte gewesen sind. Und gar im Kreis Meseritz, in Trischitzel, geht die Grenzlinie mitten durch die Stadt; der Bahnhof liegt selbstverständlich in Polen, da unsere Nachbarn es auf die strategisch wichtige Eisenbahnlinie Bentschen — Birnau abgeben haben.

Trischitzel bietet überhaupt eine Fülle von Grenz-kurioisitäten. Der Besitzer eines Hauses — ein Weidenhändler — kann sich rühmen, ständig mit einem Fuß auf deutschem und mit dem anderen auf polnischem Boden zu stehen. Die Grenzlinie geht mitten durch sein Haus; sie ist an der Außenfront durch einen großen weißen Fleck gekennzeichnet. Dieser Weidenhändler muß z. B. um seinen Garten zu gelangen, einen polnischen Grenzstein haben, und wenn sich dieser deutsche Bürger mit seinen beiden Söhnen unter dem weißen Markierungsfleck verarmelt, so geht der eine in Deutschland, der andere in — Polen. Aber auch der Ackerbürger in Trischitzel muß täglich mit seinem Ackergerät die Zollgrenze des Landes passieren, um seinen jetzt in Polen liegenden Boden zu bestellen. Und Reichsdeutschen, die aus dem Jnnern des Landes kommen und keine Grenzgewohner sind, ist sogar das Betreten des 100 m jenseits der Grenze liegenden Friedhofes verboten!

Das sind keine besonders herausragenden Einzelfälle; überall, z. B. weiter südlich, im Kreis Bomsch, gibt es ähnliche Grenzschwierigkeiten und -hindernisse. Hier liegt eine neutralisierte Chaussee, die zwei deutsche Orte — Unruhshadt und Schwenen — verbindet und auch von Polen befahren werden darf. Die Grenzlinie liegen hier abwechselnd links und rechts von der Chaussee. Während sonst gewöhnlich die Wassermitte die natürliche Grenzlinie bildet, wackelt hier die Schikane; denn die Wasserläufe gezogen, wodurch die deutschen Siedler in die Zwangslage versetzt wurden, ihre bis zum Ufer reichenden Acker in deutsche polnische Stücke aufzuteilen. Unerquickliche Zustände schaffen diese hier erwähnten und in beliebigem Maße weiter aufzusählenden Grenzverhältnisse. Es geht eben nicht an, daß man eine Grenze nur nach rein militärischen und nicht nach kulturellen und wirtschaftlichen Grundzügen festlegt.

Georg Wollgang.

Herbstnelken



Polaschnitt von Josef Eiss

Der Kampf um die Arbeit auf der Baustelle

1927! Ich arbeitete damals als Bauarbeiter bei der Firma Bl. im Gewerks. Wir hatten dort Abbrucharbeiten zu verrichten. Der „Angriff“ war gerade herausgekommen. Als Propagandist nahm ich immer ein paar Exemplare mit, die ich zur gefälligen Einsicht mal hier, mal dort liegen. Während der Arbeitspausen ging ein mächtiges Geschimpfe los. Man suchte das Faschisten-schwein. Ich tat scheinheilig und versuchte vorzüglich die Lebensberechtigung der Nazis zu beweisen. Diele von unseren alten Kameraden und unseren damaligen Gegnern kennen dies ja. Ich bekam die „Rote Fahne“ in die Hand gedrückt und es entspann sich ein zäher, aber erbitterter Kampf. Alle gegen einen und einer gegen alle. Beim Mietenausflagen mußte ich den Schneidhammer halten. Aber ich war auf meiner Hut. Kannte ich doch gerade hier die gemeine Kampfesweise einzelner. Haarstranz führt manchmal der Vorzählhammer neben meinen Händen nieder. Beim Mauereinreißen stogte mir manchmal die Klammotten in die Ohren. Ich durfte nicht weichen, denn ich hatte ja Frau und Kind.

Eines Tages plagte die Bombe. Während der Arbeitszeit hatte man meine Sachen und Tasche durchsucht und Zeitungen gefunden. Die „BAS.“ und den „Angriff“. Ein Gebrüll schreute mich auf. „Raus mit dir!“ Liebliche Kostentamen umschwärmten mich. Säute saufen nieder, Schippenspiele usw. Ein paar christliche Protesten wollten mir beibringen, umsonst. Ich kroch von der Baustelle. Der Firma drohte man mit Streik, wenn ich nicht entlassen würde. Eränen der Mut und des Schmerzes ließen mir die Wangen herab. Waren das deutsche Menschen oder Tiere? Ich habe lange nachgedacht. Es waren verheßte deutsche Arbeiter.

Der „Olle“ mußte mich mit Bedauern entlassen, er konnte nicht die Firma wegen eines einzelnen gefährden. Damals wurde ich hart und nun erst recht!

Dies ist vorüber! Heute haben wir uns zur großen deutschen Gemeinschaft zusammengefunden, zum wirklichen Sozialismus der Tat!

Das neue Deutschland

Grundsteinlegung: schönstes Fest!
Märtelt den Stein wie die Schwabe ihr Nest.

Höher steigt des Volkes Haus,
Schön hängt am Dache die Krone heraus.

Leichheit: unser Zimmermann
Die Weherede so begann!

Mit Freiheit hängt die Rede aus:
Gott segne dem Volke sein neues Haus!

Und hinterher begann der Tanz:
Duftende Myrrhen im Mädchenkranz.

Die Sterne schenken den Segenswein:
Sie wollten mit vom Feste sein.

Wag Dorlu.

Humor

Tüchtig. „Heute war ich der einzige, der dem Lehrer antworten konnte.“ — „Was hat er denn gefragt?“ — „Wer die Scheibe im Gang zerkratzen habe.“

So ein Bengel. „Aber Junge, was rufst du denn mit deinem Hohenboden bauend im Staube herum?“ — „Unser Lehrer hat mir gestern gedroht, er würde mit bald einmal die Hohen ausklopfen. Erfinden soll er in dem Staube.“

Aus den Ortsgruppen

Amberg. Zu Ehren des verstorbenen Reinhold Muchow erhoben sich am Sonnabend, dem 23. September, in der Versammlung des DADB, alle Ortsgruppen von den Pfälzern. Anschließend hielt Dr. Müller, Nürnberg, einen Vortrag über das Thema: „Die Gewerkschaften im neuen Staat“. Dr. Meyer, Nürnberg, schilderte die Zustände und die Mitwirkung bei den alten Gewerkschaften.

Bergedorf. In einer Versammlung des DADB behandelte Dr. Ane, Hamburg, das Thema „Deutsche Arbeitsfront“.

Bomst. Die Ortsgruppe Bomst des DADB hielt eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Dr. Dullat einen eingehenden Bericht über die letzte in Züllichau stattgefundene Verbandskreis-Sitzung gab. Zahlreiche Berufskollegen ersuchten um Neuauflagen.

Diepholz. Die Ortsgruppe Diepholz hatte am 21. September zu einer Mitgliederversammlung aufgerufen. Verbands-Kreisleiter Riemann sprach über die Aufgaben des DADB, und den Aufbau des neuen Deutschland. Es erfolgten zahlreiche Beitrittsverhandlungen.

Driesen. Der Verbands-Kreisleiter Ohde konnte am Sonntag, dem 24. September, nach einem Vortrag des Dr. Starke über Arbeitsfront und Ständestaat eine Ortsgruppe gründen.

Friedrichstadt. Im Remonstranten-Haus sprach in einer Versammlung des DADB Dr. Gier.

Garstedt-Elmschen. Bis auf den letzten Platz war der Versammlungssaal gefüllt, in dem Verbands-Kreisleiter Schaefer und Dr. Garbeis, Jechow, zu den Arbeitskollegen sprachen.

Gerbstedt. Eines zahlreichen Besuches erfreute sich am 8. September die Versammlung des DADB, in der Verbands-Kreisleiter Jemer, Eisleben, über die Tätigkeit der Deutschen Arbeitsfront sprach.

Halberstadt. In einer Versammlung der Ortsgruppe Bornhausen sprach Dr. Funks. Halberstadt, über das Thema: „Der Arbeiter im Dritten Reich“ und anschließend Dr. Wachenmann über die Entstehung und Herkunft der Bauhütte. Mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer und das deutsche Volk schloß die Versammlung.

Hohenhameln. Am 30. September sprach in einer Versammlung des DADB, Verbands-Kreisleiter Beckmann, Peine. Er gab einen Überblick über die Organisation unseres Kreises. Mit einem Sieg Heil auf den Bauarbeiter und Volkshängler Adolf Hitler wurde die Versammlung geschlossen.

Jenahagen. Die erste Versammlung des DADB, die am 23. September von dem Ortsgruppenleiter Dr. Günkel eröffnet wurde, wies einen sehr guten Besuch auf. Dr. Müller legte den Erzhilgen klar, wie notwendig der Zusammenschluß aller Arbeitskollegen in der Deutschen Arbeitsfront ist. Verbands-Kreisleiter Dr. Kräutle sprach über Tagesfragen und Tarifangelegenheiten.

Jüterbog. Verbandsbezirks-Fachschaffswart Dr. Dittsch sprach über den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront in einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Jüterbog. Als der Verbands-Kreisleiter Dr. Seifert nach einer einstündigen Sitzung den Fachschaffswart die Versammlung schloß, stimmten alle Anwesenden freudig in das dreifache Sieg Heil auf den Führer ein.

Leisnig. In Leisnig fand am 22. September eine öffentliche Versammlung des DADB statt, in der Verbands-Kreisleiter Schaefer über Zweck und Ziel der Organisation sprach. Dr. Zimmermann, Waldheim, sprach über die Deutsche Arbeitsfront. In der Aussprache wurde festgestellt, daß in unserem Ort noch häufig der Tarif unterboten wird. Kreisleiter Schaefer ver sprach schärfste Unterjagung der Angelegenheit, um Ordnung im Sinn der neuen Volksgesetzgebung zu schaffen. Mit einem dreifachen Sieg Heil schloß die Versammlung.

Lenkewitz. Am Sonnabend, dem 23. September, hielt der DADB hier eine Versammlung ab. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Verbands-Kreisleiter Keil rechnete mit den alten Gewerkschaftsführern ab. Der Erfolg des Abends waren zahlreiche Neuauflagen und die Gründung einer Ortsgruppe.

Nichtensfeld. In Nüßlinger Rebe schilderte Verbands-Kreisleiter Engelhardt, Coburg, in einer Versammlung des DADB, die Zustände bei den früheren Gewerkschaften.

Lochstedt. Ihre erste Mitgliederversammlung, zu der rund 300 Arbeitskollegen erschienen waren, hielt die Verbandsortsguppe Lochstedt am 3. Oktober ab. Es sprach Verbands-Kreisleiter Dr. Schaefer.

Sachsenwalde. Rund 200 Mitglieder besuchten die Versammlung der Ortsgruppe Sachsenwalde, in der Verbands-Kreisleiter Dr. Becker über den Aufbau und die Neuorganisation des Verbandes sprach.

Wieder-Florstadt. Am Sonnabend, dem 30. September, fand eine Versammlung des DADB in Wieder-Florstadt statt. Verbands-Kreisleiter Dr. Forchheim, Gießen, hielt einen Vortrag über die Aufgaben der Deutschen Arbeitsfront. Die Versammlung war von rund 80 Arbeitskollegen besucht.

Ostertwick. Am 26. September hatte der DADB in Jürgens Saalbau zu einer Versammlung aufgerufen. Dr. Fickel sprach über die Unfallversicherungsrichtlinien im Bauwesen und Dr. Gledke über das Arbeitsrecht des Arbeiters. Anschließend machte Verbands-Kreisleiter Dr. Böling eine eingehende Aussprache über Verbandsangelegenheiten. Zum Jugendleiter wurde Kollege Steiner bestimmt.

Sandbühl. Am 25. September fand eine gut besuchte Versammlung des DADB statt, in der Verbands-Kreisleiter Krosch über das Wesen der Gewerkschaften im marxistischen und nationalsozialistischen Staat sprach. Verbands-Kreis-Finanzwart Dr. Jürgel schilderte den Neuaufbau des Deutschen Arbeiterverbandes des Bauwesens. Mit einem dreifachen Sieg Heil auf unseren Führer und unser deutsches Vaterland wurde die Versammlung geschlossen.

Schleswig. Der stellvertretende Verbands-Bezirksleiter Dickas, Wandersb., sprach in einer Versammlung des DADB über die Politik der früheren Gewerkschaften. Verbands-Kreisleiter Jaus gab einen Überblick über die

Gedächtnisfeier für Pg. Muchow

Welcher Beliebtheit sich unser verstorbenen Organisationsleiter Reinhold Muchow erfreut, zeigt nachstehendes Bild.



Die Belegschaft der Firma Brüggemann der Ortsgruppe Duisburg-Hamborn des gleichnamigen Verbands-Kreises ließ es sich nicht nehmen, durch eine Trauerfeier ihm eine besondere Ehrung zuteil werden zu lassen. Wiederum ein Beweis dafür, wie sehr in der kurzen, aber doch so regenreichen Regierungszeit unseres Volkshänglers Adolf Hitler sich Führer und Gefolgschaft als ein Ganzes fühlen.

Rechte und Pflichten des deutschen Arbeiters. Die Versammlung war von Mitgliedern und zahlreichen Meistern stark besucht. Sie wurde mit einem dreifachen Sieg Heil geschlossen.

Schleiß. Die Verbandsortsguppe Schleiß des DADB hielt am Dienstag, dem 3. Oktober, in Hirschberg (Saale), einem bis jetzt fast unorganisierten Gebiet, ihre erste Versammlung ab. Als Redner hatte sie Kreisleiter Dr. Bachmann, Gera, gewonnen, der in seinen interessanten Ausführungen über die früheren marxistischen Gewerkschaften und den jetzigen Aufbau des DADB, und der Deutschen Arbeitsfront die zahlreich erschienenen Bauarbeiter zu fesseln und zu überzeugen verstand.

Schwabing. Bei der am 2. Oktober in Schwabing abgehaltenen Invalidenterminierung, an der etwa 500 Personen teilnahmen, referierte Dr. Eichhorn über die künftige Gestaltung der Invalidenterminierung.

Stammheim. Der 100. Verbandsmitgliederversammlung sprach Dr. Forchheim über die Wege und Ziele der Deutschen Arbeitsfront. Nach einer regen Aussprache schloß die Versammlung mit einem dreifachen Sieg Heil.

Vegeta. Die Ortsgruppe Vegeta hielt im großen Saal im Haus der Deutschen Arbeit eine Versammlung ab, die über die Mission gut besucht war. Es gab einen großen Teil der Arbeitskollegen stehen mußte. Es sprach Dr. Ferndt über die Entwicklung der Gewerkschaften und Dr. Gündner über das Thema „Der Arbeiter im Dritten Reich“. Die Vorträge wurden von Musikstücken der NSBO-Kapelle umrahmt.

Wettmar. Dr. Börner sprach in einer Versammlung des DADB am 27. September in Wettmar Kreis Burgdorf. Seiner Ausführungen folgten die Arbeitskollegen mit großem Interesse. Nach der Pause sprach Verbands-Kreisleiter Dr. Kräutle über Tariffragen. Die gestellten Fragen wurden reiflich und zur Zufriedenheit aller beantwortet.

Aus den Fachschaften

Fachschaft Bauhilfsarbeiter.

In dem Artikel im „Grundstein“ Nr. 40 vom 7. Oktober 1933 ist ein Druckfehler dahingehend zu verbessern, als es heißen muß:

Nur festgestellt wird ich wissen, daß ein Bauhilfsarbeiter kein Bauarbeiter ist und einen höheren Lohn zu beanspruchen hat, wenn er nicht direkt bei einer Tiefbaufirma eingestellt ist und demzufolge den entsprechenden Lohn laut Tarif zu beanspruchen hat.

Dachdeck. Hannover. Verbandsbezirks-Fachschaffswart Dr. Holte sprach am 27. September im Walter-Schumann-Haus zu den Dachdeckern und erklärte die neuen Richtlinien des DADB.

Jollierer. Beuthen O.-S. Die Fachschaft der Jollierer hielt am 27. September ihre erste Versammlung ab, in der Verbands-Kreisleiter Dr. Kirchner über die Arbeitsbeschaffung und den Aufbau der Deutschen Arbeitsfront eingehend sprach.

Poliere. Beuthen O.-S. Die Versammlung der Poliere fand am 26. September im Deutschen Haus statt, zu der fast alle Poliere vollständig erschienen waren. Verbands-Kreisleiter Dr. Kirchner sprach über organisatorische Fragen.

Aus den Betrieben

Firma Suha-Bau-G. m. b. H., Münden. Am Dienstag, dem 19. September, fand auf der Baustelle bei Katharinen in Rheinhausen (Silberbau) eine Betriebsversammlung der Belegschaft der Firma Suha-Bau-G. m. b. H., Münden, statt. Die Versammlung war von der gesamten Belegschaft, etwa 70 Mann, besucht. Ferner waren der Bauleiter und sein Gehilfe erschienen. Betriebsobmann Wörner eröffnete dem Verbands-Kreisleiter des DADB, Dr. Burkhardt das Wort. In seiner Rede dankte Dr. Burkhardt dem Führer für das Wort, das er am 1. Mai, dem Tage der Arbeit, prägte: „Ehret die Arbeit und achtet den Arbeiter.“ Diese Worte des Kanzlers zeigen, wie sich die nationalsozialistische Regierung des Arbeiters annimmt. Die Arbeit muß in der Zukunft als wertvollstes iltliches Erziehungsmittel von allen Deutschen geschätzt werden. Der deutsche Arbeiter hat sich seiner Aufgabe und Verpflichtung dem Volksganzen gegenüber bewußt zu sein. Durch die Schaffung von Tarifverträgen ist dem Abinken

des Lohnes gesteigert worden. Nur durch Pflichterfüllung und Disziplin wird der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft möglich sein. Mit einem dreifachen Sieg-Heil auf den Führer des deutschen Volkes schloß Kamerad Wörner die eindrucksvolle Versammlung.

Belegschaftsversammlung. Am Freitag, dem 29. September, fand in Hirschberg auf dem Bau Stribel eine Belegschaftsversammlung statt, in der der Verbandsbezirks-Presswart, Dr. Stegemann, aufkündende Worte über die nationalsozialistische Weltanschauung sprach. Die Versammlung schloß mit einem dreifachen Sieg-Heil.

Gleichfalls versammelte sich die Belegschaft der Firma Heborn. Auch hier nahm Dr. Stegemann das Wort zu einem Vortrag über die Stellung des Arbeiters im neuen Staat.

Aus den Jugendgruppen

Waldheim. Im Deutschen Haus nahm Verbands-Kreisleiter Schaefer die Gründung einer Jugendgruppe vor. In seinem Vortrag schilderte er kurz Zweck und Ziel der DAFJ.

In sieben Tagen ...

Gebietsführer des Jungvolks tödlich verunglückt. In der Nähe von Mettmann im Rheinland ist der Gebietsjungvolksführer Ruhr-Niederrhein, Heinz Otto Jahn, auf einer Autofahrt tödlich verunglückt. Die Hitlerjugend wird bis zum 12. Oktober für den dahingegangenen Kameraden Trauer anlegen.

SA-Mann von Kommunisten ermordet. Der SA-Mann Josef Wolkmann aus Buer-Erle, der in der Nacht zum 4. Oktober von einem Kommunisten durch einen Unterleibsschuß schwer verletzt wurde, liegt im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegend. Nach anfänglicher Besserung trat plötzlich eine Darmblutung ein, die den Tod herbeiführte.

Deutscher Gebietsratsrat in Prag niedergeschlagen. Als der Gebietsratsrat der Prager reichsdeutschen Gebietsratsrat, Sigismund Freyher, eine Gaststätte verließ, wurde er von einigen Leuten auf der Straße wegen Tragens eines Hakenkreuzes angepöbel. Trotzdem er erklärte, daß er Mitglied der deutschen Gebietsratsrat sei, kehrten sich die Leute nicht daran und begannen auf ihn einzuschlagen, so daß er zu Boden stürzte. Die Polizei schritt ein und befreite ihn. 10 der Angreifer wurden verhaftet. Der deutsche Gebietsrat in Prag hat bei der tschechoslowakischen Regierung einen energiegelben Einspruch gegen die Schuldigen verlangt.

Auflösung der Subetendentschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. In einer Sitzung in Aulitz bei der Parteivorstand der Subetendentschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei beschloß, die Partei in der ganzen Tschechoslowakei aufzulösen. Kurz darauf wurde die Partei von der Regierung verboten, gleichzeitig die Deutsche Nationalpartei, die mit der NSDAP sympathisierte. Die Abgeordneten, Kaspar, Jung und Schaefer wurden verhaftet. Wegen der Abgeordneten Krebs wurde ein Haftbefehl erlassen. Gleichzeitig fanden in der gesamten Tschechoslowakei bei allen Unterorganisationen der Partei Hausdurchsuchungen statt.

Abreise der deutschen Presse aus Moskau. Die Vertreter der deutschen Presse haben Moskau verlassen. Dieses geht auf eine Anordnung der russischen Regierung zurück und ist als Gegenmaßnahme gedacht gegen die Nichtzulassung der Vertreter der russischen Zeitungen beim Reichstagsbrand-Prozess in Leipzig, die in unverantwortlicher Weise gegen die deutsche Regierung und die nationalsozialistische Bewegung gehetzt hatten.

Deutscher Turnverein überfallen. 20 Turner des deutschen Turnvereins Binnarburg bei Bodenbach (Tschechoslowakei) wurden in der Nacht auf der Waldstraße nach Christiansburg von „Roten Wehrleuten“ (einer sozialdemokratischen Organisation) angefallen und nach der Darole gefragt. Als die Turner keine Antwort gaben, fielen von der Gegenseite mehrere Schüsse. Einer der Turner erhielt einen schweren Oberbauchschuß. Auf dem Heimwege wurde auch der Turnwart des Vereins von den Überfallern angegriffen. Nach der ganzen Art dieses Überfalles handelt es sich um eine planmäßig vorbereitete Aktion.

Attentat auf Bundeskanzler Dollfus. Auf Bundeskanzler Dollfus wurde ein Attentat verübt, bei dem er durch einen Bruch- und einen Armbruch, sowie bis jetzt festgestellt werden kann, in leichtem Grade verletzt ist. Das Attentat geschah beim Parlamente, als sich der Bundeskanzler zu den Beratungen des großen Christlich-Sozialen Klubs begeben wollte. Der Attentäter ist verhaftet worden, es handelt sich um einen einflussreichen Getreiden des Bundesheeres, der nach seinen Angaben früher dem sozialdemokratischen Wehrverband als Mitglied angehörte. Man nimmt an, daß der Grund des Attentates Raue wegen Entlassung aus dem Bundesheer gewesen ist.

Roter Terror auch in Dänemark. In Apenrade wurde ein dortiger Nationalsozialist von drei angriffen Kommunisten überfallen und schwer mißhandelt. Man fand den Nationalsozialisten bewußtlos auf, und die Ärzte stellten einen Beinbruch über dem Fußgelenk sowie schwere Kopfverletzungen fest.

Rücktritt des Kabinetts Cerroux. Das erst kürzlich gebildete Kabinett Cerroux ist auf Grund eines Mißtrauensantrags im Parlament zurückgetreten. Man rechnet mit Neuwahlen.

Stratopfährenflug glücklich. In Moskau stieg der Ballon „USSR“ mit drei Mann Besatzung zu einem Stratopfährenflug auf und erreichte eine Höhe von 19 000 m, womit der Rekord Prof. Piccards erheblich überboten worden ist.

Mitteilungen der Verbandsleitung

Bei Meldungen für unsere Gedenktafel verstorbenen Mitglieder bitten wir unsere Amtswalter darauf achten zu wollen, daß Vor- und Familienname, Beruf und Alter deutlich erkennbar hinter dem Wohnort genannt werden. Es können anderenfalls Unklarheiten entstehen, die eine Aufnahme nur verzögern.

Für Kelle und Hammer

Kontrolle des Baugewerbes. Kürzlich hat der Braunschweiger Staatskommissar Sandrock in Begleitung des Geschäftsführers des Braunschweiger Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe zahlreiche Baustellen in der Umgebung von Braunschweig und im Kreis Wolfenbüttel besucht und nachgesehen, ob die Tarifbestimmungen über Arbeitszeit und Dienstreisen vollständig eingehalten werden. Die dabei festgestellten Mängel wurden sofort beseitigt. — Diese Prüfung wird weiter fortgesetzt und die amtliche Herausgabe einer schwarzen Liste in Aussicht gestellt. Mehrere Derwarrungen an Bauunternehmer wurden ausgesprochen.

Zusammenbruch des Baugerüsts und die Haftpflicht. Unfälle pflegen sich bei Bauarbeiten häufig so zu ereignen, daß das Gerüst zusammenbricht und dabei Arbeiter oder Personen verletzt werden. In einem derartigen Falle hatte die Staatsanwaltschaft nach dem Verfallenen festgestellt worden war, den Bauunternehmer wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt. Das Oberlandesgericht Dresden sprach ihn aber frei. (26. April 1932, Rst.-S. 80 103/51.) In der Begründung dieses Urteils wird ausgeführt, daß der Angeklagte für den Unfall nicht verantwortlich gemacht werden könne, sondern der von ihm mit der Überwachung des Gerüsts beauftragte Maurerpolier. Nur bei außergewöhnlichen, besondere Vorkehrungen erfordernden Umständen müsse der Bauunternehmer die nötigen Anweisungen erteilen und selbst nach dem Rechte sehen. Regelmäßig dürfe er dies aber dem ihm als zuverlässig bekannten Polier übertragen. Das gelte auch für die Anordnungen und Sicherheitsmaßnahmen bei Aufrihtung des Baugerüsts. Im vorliegenden Falle habe der Angeklagte dem sonst als zuverlässig bekannten Polier diese Arbeiten übertragen dürfen, es treffe ihn daher kein Verschulden an dem Unfall.

Ausfuhr von Rohbims. Im Neuwied im Rheinland begründeten rheinische Bimsgrubenbesitzer einen Verband, der die Regelung der Ausfuhr von Rohbims vornehmen soll. Die Rohbims-Ausfuhr war seit Jahren eine der dringendsten Fragen der Bimsaufbereitungsindustrie, da der Rohbims zu Schleuderpfeifen ins Ausland ging. Die mit diesem billigen Material arbeitende ausländische Fertigungsindustrie verdrängte die deutsche Ausfuhr von Bimsfertigprodukten. Bevor zu der beantragten Zwangskartellierung geföhrt werden konnte, wurde noch einmal der Versuch einer freiwilligen Vereinbarung gemacht, der überzähligerweise zum Erfolg führte. Der neugegründete Verband wird die Ausfuhr von Rohbims nicht unterlagern, sondern lediglich die Preise festlegen, um die Verschleudern des Rohbims zu verhindern. Durch die Herabsetzung der Preise soll die Wettbewerbssphäre der ausländischen Fertigungsindustrie den Bedingungen der deutschen Ausfuhrindustrie angepaßt werden. Ein Teil der Preisförderung für Rohbims wird zur Unterstützung erwerbsloser Bimsarbeiter und in anderer Teil zur Unterstützung notleidender Fertigfabrikannten verwendet. Die Gründungsversammlung wählte Fabrikant Heintges Anderson als Rhein, zum Vorsitzenden und beschloß gleichzeitg ein Derbot für Dorverkauf von Bims für Schiffslieferungen mit sofortiger Wirkung. M. K.

Allgemeine Rundschau

3000 Kriegsopter werden aus der Hindenburg-Spende bezahlt. Die alljährlich, so hat Reichspräsident von Hindenburg auch anlässlich seines diesjährigen Geburtstag die Unterstützung zahlreicher schwer Hinterbliebenen aus der von ihm im Jahre 1927 errichteten Stiftung „Hindenburg-Spende“ verfußt. Rund 3000 Kriegsehegatten, Kriegshinterbliebenen und Deterranen sind mit Beträgen von durchweg je 150 M. unterstützt worden.

Herabsetzung der ISBO-Mitgliedsbeiträge. Die ISBO-Direktstelle teilt mit: Da alle ISBO-Mitglieder nach Anwendung des Stabsleiters der PD. Dr. Ley gleichzeitig in die Verbände der Deutschen Arbeitsfront übergeführt werden, erhebt die ISBO keine selbständigen Mitgliedsbeiträge mehr. Zur Deckung der laufenden Ausgaben zählen die Mitglieder der ISBO lediglich einem besonderen Werbebeitrag von monatlich 25 M bei einem Einkommen bis 150 M, bei einem darüber hinausgehenden Einkommen bis 35 M für den Werbefonds zu entrichten.

Schweres Erbenungsglück in Ost-Oberschlesien. Auf der Polka-Grube in Eichenau stürzte der Fördererfahrt und die gesamte Verfoaltung aus bisher ungeklärter Ursache kurz vor der Einfahrt der Tagesbelegfahrt zusammen. Der Fördererfahrt saßen auf die 50-Meter-Sohle herunter. In der Grube befanden sich vor dem Wchse der Schicht 10 Mann, die von der Außenwelt abgeschnitten wurden. Den fast übermenschlichen Anstrengungen der Rettungsmannschaften ist es wider Erwarten gelungen, die schon totgeglaubten 10 Bergknappen lebend zu bergen.

Hilfer ladet 50 sächsischste Arbeiter ein. Reichskanzler Adolf Hitler hat an 50 Mitglieder des sächsischen Dolpolanzen eine Einladung ergeben lassen, als seine Gäste Deutschland zu besuchen. Auf Anweisung des sächsischen Parteisekretärs werden 50 Arbeiter im ganzen Lande ausgesucht, und zwar zur Hälfte aus der Schicht und zur Hälfte vom Lande, die sich in einer Grenzstation zur Fahrt nach Deutschland sammeln sollen.

Reichsautobahn Berlin-Stettin wird gebaut. Der Generalinspektor für das Straßenbauwesen, Dr. Erik Tobi, hat die dritte Strecke der Reichsautobahn Berlin-Stettin für den Bau freigegeben. Mit den Bauarbeiten wird im Laufe des November begonnen. Nach Erhebung der Dorarbeiten werden etwa 1000 Arbeiter eingestellt werden. An der Durchführung dieser Maßnahme werden im Laufe der Zeit 6000 bis 10000 Arbeiter beschäftigt werden können.

Bauarbeiter als Schahbeber. Bei Bauarbeiten in Mittelbet (Dänemark) sind Bauarbeiter auf einer Verleda getroffen, in dem sie eine goldene Krone, ein großes goldenes Kreuz und eine schwere goldene Kette fanden. Demzufolge sind diese Schätze während der Religionsriten verborgen worden.

Die Aufgaben der Hamburger Baubank. Jüngst hat in Hamburg eine neue Bohenkreditanstalt ihre Tätigkeit aufgenommen, die Hamburger Baubank. Sie dient zur Geldbeschaffung für Kleinhäuser und dem Neuaufbau der Abbruchviertel. Das Grundkapital beträgt 3 Millionen. Dornwiegend werden Tilgungshypotheken gegeben. Ausbistungsicherungen dürfen bis zu 1/2 ihres Darlehensbestandes aufgenommen werden. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf das Gebiet des Hamburgisch-Preußischen Landesplanungsbereiches. Die Bauten, auch Zweifamilienhäuser, müssen in einem Umkreis von 30 km vom Hamburger Rathaus oder auf Hamburger Staatsgebiet liegen. So verwenden sind deutsche Baustoffe durch tarifmäßige Entlohnung. Erste Hypotheken werden von anderer Seite beschafft, zweite kann die Bank selbst geben. Baufinanzieren kann die Baubank Zwischenkredite bis zu 85 % der Kosten gewähren. In einer Sitzung des KDAJ, berichtete der Direktor der Baubank, Bock, über Zusammenarbeiten der Architekten mit der Baubank. Aufgabe der Baubank sei Arbeitsbeschaffung. Die Baupolitik des Bürgermeisters Krogmann wolle in Zukunft keine Großbauten mehr unterstützen, sofern nicht Drträge laufen. Anträge für Bauherren mit geringem Eigenkapital seien willkommen. Bei der Baubank liegen bisher 1700 Anträge mit 12 000 M Darlehenswert für Bau- und Bohenkassen. Die Sanierung des Gängeviertels wird wegen der noch schwebenden Entscheidungen noch einige Zeit ruhen.

Ohne Beitragsleistung kein Zutritt!
Für die Woche vom 8. bis 14. Oktober ist der 41. Verbandsbeitrag für 1933 zu zahlen

Bauarbeiterstreik in Polnisch-Oberschlesien ohne Erfolg. Wie bereits berichtet, lind die am Polnischen Vereinsheute an der Stenienwärtstraße in Königsstuhl beschäftigten Bauarbeiter wiederholt in Streik getreten. Verhandlungen, die zwecks Beilegung der Unstimmigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber jeweils angeknüpft wurden, führten leider zu keinem Erfolg. Schließlich griff die Baufirma zu einem rigorosen Mittel, indem sie die streikenden Bauarbeiter entließ und eine neue Arbeiterkolonne annahm. In dieser Form gibt der Streik als beendet.

Streikunruhen in USA. Im Pennsylvanischen Braunkohlengrube (sehen 100 000 Bergarbeiter im Streik. Es kam zu schweren Zusammenstößen zwischen Streikposten einerseits und den Arbeitswilligen und der Polizei andererseits, wobei die Polizei mit Tränengas vorging. Als die Zusammenstöße größeren Umfang annahm, mußte die Polizei von der Schußwaffe Gebrauch machen, wobei zwei Personen getötet und zehn verwundet wurden.

Bücher und Schriften

Erfolgreiche Bekämpfung und Seilung der Tuberkulose. Von Dr. med. Metheln. Preis 1,80 M. Bruno Wilens Verlag in Hannover. Wenn man über die Tuberkulose in Deutschland jährlich ungefähr 60 000 Menschen an Tuberkulose sterben, wodurch dem deutschen Volke nach einer Statistik eine Ausgabe von 4 bis 5 Milliarden Mark erwächst, so ist es verständlich, daß schon das Wort „Tuberkulose“ wie ein Schreckgespenst auf die Menschheit wart. Auch das Brechen an Menschen wird durch Tuberkulose hinweggeführt, als durch alle anderen anstehenden Krankheiten. Welch eine Linderung von Schmerz und Qual, von Sorge und Not enthalten diese kurzen Angaben. Da ist es nur zu begreifen, daß der Verfasser seine langjährigen praktischen Erfahrungen veröffentlicht, damit sich jeder über die neuesten Fortschritte der Bekämpfung und die erfolgreichsten Mittel zur Bekämpfung dieser Geißel der Menschheit eingehend orientieren kann.

Über das Gesch zur Verhütung erkrankten Nachwuchses. Von Dr. Paul Richter. Verlag W. H. Gollig, Bonn. Preis 1,20 M. Wenn man über die Tuberkulose in Deutschland jährlich ungefähr 60 000 Menschen an Tuberkulose sterben, wodurch dem deutschen Volke nach einer Statistik eine Ausgabe von 4 bis 5 Milliarden Mark erwächst, so ist es verständlich, daß schon das Wort „Tuberkulose“ wie ein Schreckgespenst auf die Menschheit wart. Auch das Brechen an Menschen wird durch Tuberkulose hinweggeführt, als durch alle anderen anstehenden Krankheiten. Welch eine Linderung von Schmerz und Qual, von Sorge und Not enthalten diese kurzen Angaben. Da ist es nur zu begreifen, daß der Verfasser seine langjährigen praktischen Erfahrungen veröffentlicht, damit sich jeder über die neuesten Fortschritte der Bekämpfung und die erfolgreichsten Mittel zur Bekämpfung dieser Geißel der Menschheit eingehend orientieren kann.

Gedenktafel verstorbener Mitglieder

- Raden. Nikolaus Hompech, Stukkatuer, 27 Jahre.
- Altenburg/Chlr. Albin Ohler, Maurer, 65 Jahre.
- Annaberg. Moritz Schreiber, Zimmerer, 62 Jahre.
- Berlin-Lichtenbg. O. Nachtwelde jun. Sement., 70 J.
- Mod. August Engel, Maurer, 75 Jahre alt.
- Südof. Wilhelm Kündel, Hilfsarbeiter, 58 Jahre alt.
- Bielefeld. Heinrich Frankholz, Maurer, 66 Jahre.
- Borna. Albin Lindner, Maurer, 55 Jahre alt.
- Bremen. Wilhelm Altmann, Maurer, 55 Jahre alt.
- Herrmann Waldeck, Zimmerer, 60 Jahre alt.
- Bunzlau. Paul Köhler, Maler, 67 Jahre alt.
- Buchfödt. Paul Doscher, Maurer, 52 Jahre alt.
- Chemnitz. Horst Johannes Müller, Maurer, 26 J.
- Coblenz. Matthias Henrich, Maurer, 66 Jahre alt.
- Dresden. Moritz Näher, Hilfsarbeiter, 64 Jahre alt.
- Karl Julius Opitz, Maurer, 81 Jahre alt.
- Eßen. Friedrich Schmidt, Hilfsarbeiter, 55 Jahre.
- Falkenstein. Johann Rosa, Maurer, 74 Jahre alt.
- Frankfurt a. M. Wilhelm Bauer, Zimmerer, 71 J.
- Tüschental/Spre. August Teske, Puger, 65 Jahre.
- Görlitz. Johannes Jung, Maurer, 77 Jahre alt.
- Güttrou. Heinrich Beckmann, Maurer, 64 Jahre.
- Hamburg. Franz Benning, Maurer, 70 Jahre alt.
- Hinrich Bräuchmann, Maurer, 85 Jahre alt.
- Johann Christoff, Hilfsarbeiter, 69 Jahre alt.
- August Ernst, Hilfsarbeiter, 75 Jahre alt.
- Hinrich Harder, Maurer, 75 Jahre alt.
- Wilhelm Lochbaum, Stukkatuer, 67 Jahre alt.
- Gustav Melze, Zimmerer, 42 Jahre alt.
- Ad. Nerenz, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt.
- Wilhelm Schildt, Maurer.
- Ludwig Voegt, Maurer, 59 Jahre alt.
- Hildesheim. Wilhelm Böse, Hilfsarbeiter, 75 Jahre.
- Kiel. August Meier, Maler, 75 Jahre alt.
- Köln/Rh. Wilhelm Altmann, Maurer, 48 Jahre alt.
- Josef Becher, Maurer, 50 Jahre alt.
- Karl Dahmen, Puger, 55 Jahre alt.
- Michael Han, Puger, 63 Jahre alt.
- Heinrich Jäger, Stukkatuer, 58 Jahre alt.
- Josef Kottwasser, Tiefenarbeiter, 64 Jahre alt.
- Heinrich Klein, Maler, 61 Jahre alt.
- Heinrich Wagner, Zementarbeiter, 52 Jahre alt.
- Samuel Winkle Bayley, Maler, 54 Jahre alt.
- Peter Wocker, Hilfsarbeiter, 60 Jahre alt.
- Kolberg. Franz Weidemann, Maurer, 76 Jahre alt.
- Bad Kreuznach/Kaufersweiler. Wilh. Becker, 5, 49 J.
- Küßtrn-Dolzig. Ernst Neumann, Maurer, 22 Jahre.
- Heinz Sedow, Maler, 20 Jahre alt.
- Keipzig. Adolf Baumgarten, Hilfsarbeiter, 82 J.
- Paul Lorus, Hilfsarbeiter, 49 Jahre alt.
- Kindershausen/Rh. Adam Eberspach, M., 64 Jahre.
- Limoges. Fritz Friedrichmeyer, Zimmerer, 34 J.
- Minderheide. August Meier, Maurer, 60 Jahre.
- Gödenhausen. Fritz Schuler, Maurer, 61 Jahre.
- Friedrich Vogt, Maurer, 72 Jahre alt.
- München. Franz Schönhammer, 58 Jahre alt.
- Johann Hirsch, 54 Jahre alt.
- Niederbarnim. Albert Bauer, Zimmerer, 54 Jahre.
- Hörnberg. Johann Bauer, Maurer, 61 Jahre alt.
- Heinrich Gefner, Stukkatuer, 69 Jahre alt.
- Josef Kleibin, Baumeister, 54 Jahre alt.
- Dresden. Erich Hanke, Maurer, 45 Jahre alt.
- Rathenow. Paul Müller, Maler, 55 Jahre alt.
- Johann Hirsch, 54 Jahre alt.
- Saalfeld. Paul Haase, Hilfsarbeiter, 45 Jahre alt.
- Senftenberg. August Drohla, Maurer, 63 Jahre alt.
- Sonjens. Ewald Wahlscheldt, Arbeiter, 58 Jahre.
- Stralund. Wilhelm Pasch, Hilfsarbeiter, 56 Jahre.
- Stuttgart. Wilhelm Schmidt, Zimmerer, 66 Jahre.
- Trebnig. Wilhelm Fischöder, Maurer, 72 Jahre alt.
- Josef Teichgraber, Dachdecker, 58 Jahre alt.
- Wartin. Wilhelm Meyer, Maurer, 91 Jahre alt.

Chre ihrem Andenken!

Lezt „Das Bauwerk“
das Fachblatt des Deutschen Arbeiterverbandes des Baugewerbes im Gesamtverband der deutschen Arbeiter, Deutsche Arbeitsfront.
„Das Bauwerk“ ist das Fachblatt der bauausführenden Berufe.
Bezugsbedingungen:
„Das Bauwerk“ erscheint monatl. einmal. Bezugspreis für Mitglieder des DvAB. vierteljährlich 1,50 M., jährlich 6.— M. Für Nichtmitglieder ist der Bezugspreis vierteljährlich 3.— M. Mindestbezugszeit drei Monate. — Bestellungen der Mitglieder nehmen entgegen: Die Orts- und Kreisleitungen des Verbandes. Nichtmitglieder bestellen bei den Postanstalten.
Zuschriften sind zu richten an die Schriftleitung „Das Bauwerk“, Berlin SW 68, Friedrichstr. 5/6

gummiwaren
vergrößerter Artikel-Preislist.
1. Lager: **Meilcaus**
Berlin SW 68, alle Anzecht. 8.

Beachtet unsere Inserate!

Zimmerer-Hosen!
Echt schwarz, III-Draht-Leder, mit 12er Schuß- und Lederfaschen. Marke: Eisenfest 9 RM., Sorte 2: 6,30 RM., Sorte 3: 5 RM. Bei 12 RM. **Manchesterhosen** Alle Farben echt. Erste Sorte 12 RM., Sorte 2: 9 RM., Sorte 3: 7,50 RM., vers. nach Maß bei Bestellung von 20 RM. porto. **SPEZIALFABRIK FÜR BERUSSLIEDER** Dresden N. **Emil Hohlfeldt, Rittrstr. 2**

M.1.29 Rogal
unübertroffen bei **Rheum- & Gicht Kopfschmerzen**
Ischias, Hexenschuß und Erkältungskrankheiten. Stark harntreibend, bakterientöndend! Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt.

Achtung!
Umschwalterappell
der neun Berliner Verbandskreise am Freitag, dem 13. Oktober 1933
abends 8 Uhr im **Krieger-Vereinshaus, Berlin**
Gaußstraße 24
Ein Entgegenkommen der Richtlinien für die Rundgebung im Sportpalast. Jeder Umschwalter muss erscheinen. Unentschuldigtes Fehlen wird entsprechend geahndet.

Reellste Bezugsmittel:
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, m. Daunen, dopp. gereinigt, 1,50, allerbeste Qualität 2,50, kleine Federn (Schultern) 3,50, 4, Daunen 3,50 u. 4,50, gereinigt. Federn mit Daunen 3,50 u. 4,50, gepulvert, 5,20, alle 6,25, u. 7,50. — für reelle Bezugsstellen: **Wore Garantie** (Berl.) gegen Garantie billiger. Nichtgefedertes nehmen auf meine Kosten zurück. **Willy Mantelmeil**, Berlin-Mitte, Reuterböden 2 b (Oberbaum), Telefon 2601 und größte Buchhändlerangeldöß des Oberlandes, geg. 1852.

Achtung!
Maler-Kameraden!
Lest euer **„Fachblatt für Maler“**
Bestellungen durch die Kreisverbandsleitungen.